

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei Postabnahme monatlich 4.68 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inhaltsverzeichnis des achtzehnten Monatsheftes über den Namen L. 20 M., Wertungsgeld des festgedruckten Wortes 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Lesungsgeld 10 Pf., bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen 1/3 des Zuschlag fort. Inzerate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inzeraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Erwachen der amerikanischen Arbeiter.

Gründung einer politischen Arbeiterpartei in Amerika?

Von welcher großen Bedeutung für die Zukunft der sozialistischen Arbeiterbewegung in Amerika die gegenwärtigen Klassenkämpfe sind, geht aus der folgenden Meldung der „Times“ deutlich hervor. Sie läßt erkennen, daß die Bewegung eine selbständige politische Arbeiterpartei zu gründen, die bisher nur örtlichen Charakter hatten, jetzt allgemeine Bedeutung gewinnen, und daß selbst Elemente, wie Gompers, die diesem Gedanken stets feindlich gegenüber standen, unter dem Druck der Massen zu anderer Haltung gezwungen werden.

Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ schreibt: Nach den Blättern zu urteilen, läßt Amerika vor einem industriellen Schock. Infolge des Mißglückens der industriellen Konferenz wird Gompers jetzt auf die Seite der Extremisten getrieben und hat sich die Klust zwischen Kapital und Arbeit verbreitert. Auch die Aussichten auf Errichtung einer politischen Arbeiterpartei sind dadurch gestiegen. Gompers hat sich zwar bisher dagegen gewehrt, aber die Verhältnisse nötigen ihn, seine Auffassung zu ändern.

Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ schreibt: Nach den Blättern zu urteilen, läßt Amerika vor einem industriellen Schock. Infolge des Mißglückens der industriellen Konferenz wird Gompers jetzt auf die Seite der Extremisten getrieben und hat sich die Klust zwischen Kapital und Arbeit verbreitert. Auch die Aussichten auf Errichtung einer politischen Arbeiterpartei sind dadurch gestiegen. Gompers hat sich zwar bisher dagegen gewehrt, aber die Verhältnisse nötigen ihn, seine Auffassung zu ändern.

Truppen zum Schutze des Kapitalismus.

Washington, 27. Oktober. (Neuter.) Senator Thomas hat eine Vorlage eingebracht, die den Präsidenten ermächtigt, im Falle eines Ausbruchs von Truppen zur Aufrechterhaltung der Bergwerks- und Eisenbahnbetriebe zu verwenden. Die Vorlage wurde an den Heeresauschuß verwiesen.

Jordauer des Hafenarbeiterstreiks.

Amsterdam, 28. Oktober. Dem „Telegraaf“ zufolge meldet „Times“ aus New York, daß die Zustände in den dortigen Häfen sich infolge des Streiks täglich verschlimmern. Der Versöhnungsversuch des Bürgermeisters richtete nichts aus. Der Führer der Streikenden erklärte, daß der Ausstand bis zu Ende durchgeföhrt werde. Die Meeder erklärten, daß sie mit den Streikenden nicht mehr verhandeln, sondern die Docks für Arbeitswillige öffnen wollen. Gestern kam es zu einer Schlägerei zwischen streikenden Docksarbeitern und Arbeitswilligen. Es wurden Revolvergeschosse abgegeben und mehrere Personen verwundet.

Streiks und Betriebseinstellungen in Frankreich.

T. U. Basel, 29. Oktober. In Lyon sind die Bauarbeiter wegen Ausperrung seitens der Arbeitgeber in den Generalstreik getreten. 20.000 Arbeiter streiken. Ferner sind 8000 Seidenweber und Weberinnen in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Lohn-erhöhung von 10 Prozent, trotzdem sie erst kürzlich eine solche von 15 Prozent erhalten haben. Aus Nordfrankreich vernimmt man, daß 32 Gewerke gezwungen waren, wegen Roh- und Stoffmangels die Betriebe zu schließen. Sie sind gezwungen, zahlreiche Arbeiter zu beurlauben. Andere Werkstätten stehen gleichfalls vor der Schließung aus dem gleichen Grunde.

Verailles, 28. Oktober. „Matin“ bestätigt, daß seit gestern vormittag die Fabriken der Schmelzindustrie von Rombaix-Tourcoing wegen Rohstoffmangels geschlossen sind.

Ein Prozeß wegen Landesverrats.

Bonn, 28. Oktober. Wegen des hiesigen Organ der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die „Freiheit“, wurde wegen des Artikels vom 22. Oktober mit der Überschrift: „Ein Blick in die Geheimküche der republikanischen Regierung. Das schändliche Druckschloß, die Verhaftung und Vernichtung amtlicher Dokumente“, ein strafrechtliches Verfahren wegen Landesverrats und Verleumdung eingeleitet.

Auf den Verlauf dieses Prozesses darf man gespannt sein. Denn es ist unerfindlich, wie man in der Veröffentlichung eines Dokuments, dessen Echtheit von den amtlichen Stellen bestritten wird, Landesverrat sehen kann.

Zankspruch Trojks über die jüngsten Erfolge der roten Armee.

Wie die „Dena“ erzählt, erließ die Moskauer Sowjet-Regierung nachstehenden Zankspruch:

№ 1116!

Der große Angriff auf die Sowjet-Republik, welcher in zwei Hauptrichtungen, auf Petersburg und auf die Ostfront eröffnet wurde, scheiterte ebenso wie der Angriff auf die Ostfront. Die fremden Junksprüche wuchsen von der Offensive Koltshels viel Aufhebens und misdeuten die Niederlage der roten Truppen. Es ist sicher, daß diese Offensive mit großen Kräften und mit neuen von den Alliierten gesandten Munitionsvorräten vorbereitet wurde. Die roten Truppen haben, obwohl sie durch Märsche, welche wegen ihrer Schnelligkeit in der Kriegsgeschichte vereinzelt dastehen, erschöpft waren, nicht für einen Augenblick ihre Hauptstellungen verlassen. Das einzige Resultat der großen Bemühungen der Gegenrevolution ist die Eroberung von einigen Dutzend kleineren Stationen in der sibirischen Ebene für einige Wochen. Aber die Sowjet-Truppen, verjüngt und verstärkt durch eine große Anzahl Freiwilliger, welche aus allen Teilen zum Schutze der Revolution zufließen, erneuerten ihre unerschütterliche Verteidigung. Unsere neue Offensive kehmt bereits ihre ersten Erfolge ein. Auf der ganzen Front in der Richtung auf Omsk haben wir beinahe überall unsere ursprüngliche Stellung wiedererlangt. Unsere heldenhaften Truppen erobern wiederum die Hauptstadt Westsibirien, Tobolsk. Dieser wichtige Sieg ist für die rote Armee bloß eine Etappe auf ihrem Vormarsch auf Omsk, von wo der Generalstab der Gegenrevolutionäre mit den Generalen und den Divisionen der Alliierten bereits weiter gegen Osten flüchtet. Das Sowjet-Rußland hat in den Soldatmassen genug Kräfte, um an drei Fronten zu widerstehen und alle seine Gegner genügend zu belehren.

Engländer im Dienste Litauens.

Konow, 26. Oktober. Hier ist ein englischer General eingetroffen, dem 11 englische Offiziere folgen werden. Sämtliche Engländer treten in litauische Dienste.

Japans Bereitschaft zur Verständigung.

„New York Herald“ meldet aus Omsk, Japan sei bereit, seine Truppen aus Sibirien zurückzuziehen, wenn es von Rußland dazu aufgefordert werde.

Der Gesetzentwurf Groß-Berlin.

Der Gesetzentwurf Groß-Berlin, der zur Zeit dem Staatsministerium vorliegt, soll nach dessen Wünschen in der Landesversammlung zusammen mit dem Entwurf der neuen Städteordnung beraten werden. In seiner ersten Form war der Entwurf schon im Sommer den beteiligten Gemeinden und Gutsbezirken zur Ausfertigung ihrer Wünsche und Einwendungen zugestellt worden. Auf Grund der Stellungnahme der Gemeinden wurde er im Ministerium des Innern überarbeitet und teilweise geändert. Eine nochmalige Einholung gutachtlicher Meinungen der Gemeinden vor der Einbringung des revidierten Entwurfs in der Landesversammlung ist nicht möglich, da sie das Zustandekommen des Gesetzgebungswerks erheblich verzögern würde. Die Gemeinden haben vor und während der Beratung des Entwurfs in der Landesversammlung Gelegenheit, sich ihm erneut Stellung zu nehmen.

Der teilsche Zustand des Genossen Haase.

Das Befinden des Genossen Haase ist andauernd sehr ernst. Da bei der Amputation nicht der gesamte Schenkel entfernt werden konnte und der noch bestehende Teil im Oberschenkel wieder zu eizern begonnen hat, muß die Wunde mit größter Vorsicht beobachtet werden, um, wenn möglich, eine Infektion der Amputationsstelle zu verhindern. Die bakteriologische Untersuchung des Sekrets ergab ein negatives Resultat. Die Temperatur, die gestern morgen 37,7 betrug, ist abends wieder auf 38,8 gestiegen. Haase befand sich den ganzen Tag über sehr matt.

Der Wiederaufbau der sozialistischen Internationale.

Von Arthur Crispian*).

I.

Der Kapitalismus kann nicht in einem Lande niedergeworfen, er kann nur international besiegt werden, denn er hat durchaus internationalen Charakter. Damit ist nicht gesagt, daß die Befreiung der Arbeiter mit einem Schlage zu gleicher Zeit in allen Ländern erfolgen muß. Die proletarische Revolution ist ein historischer Prozeß. Sie beginnt in einem Lande, springt von einem ins andere Land über, bis alle Länder von ihr erfaßt sind. Die Arbeiterklasse hat aber ein Lebensinteresse daran, daß nicht ihre Revolution von den Kapitalisten in einzelnen Ländern isoliert und völlig erstickt wird, bevor sie sich auf alle Länder der Erde auszuweiten vermochte. Jede proletarische Revolution in jedem Lande ist für die Arbeiter ebenso eine internationale Angelegenheit wie für die Kapitalisten. Wir weisen auf das kapitalistische Ressentiment gegen Rußland und auch gegen Ungarn hin. Die internationale Solidarität der Arbeiter gegen die Proletarier ist stärker, als es die Interessengegenstände zwischen den Kapitalisten der verschiedenen Länder sind. Gegen das revolutionäre Rußland kämpfen die patriotischen Engländer und Franzosen brüderlich vereint mit ihren deutschen Feinden. Die deutschen Gotrollen hielten sich ihren englischen und französischen Feinden als Vandsknechte der Reaktion an.

Der internationalen Organisation der Kapitalisten muß eine internationale Organisation der Arbeiter entgegengestellt werden. Nicht eine, in der die nationalen Arbeiterorganisationen als selbständige Organisationen lediglich durch ein Bureau verbunden sind. Sondern eine, in die die nationalen Organisationen vollständig aufgegangen sind, eine in ihrem ganzen Wesen und Wirken internationale Organisation, die durch verbindende Beschlüsse auch eine selbständige internationale Front für internationale Aktionen zu bilden vermag. Für die Erledigung ihrer besonderen nationalen Angelegenheiten kann den nationalen Organisationen trotzdem Spielraum genug bleiben.

Die Aufgabe der wieder zu errichtenden Internationale ist nicht mehr die Erweckung der Arbeiter zum selbständigen Klassenkampf, nicht mehr die Förderung nationaler Organisationen, nicht mehr die Unterstützung des Kampfes zur materiellen und geistigen Hebung der Arbeiterklasse, nicht mehr die Verankerung von internationalen Kundgebungen und Demonstrationen. Das waren die Aufgaben ihrer Vorgängerinnen. Die Aufgabe der kommenden Internationale ist es, die Arbeiter aller Länder für die internationalen entscheidenden Endkämpfe gegen den Kapitalismus in Bewegung zu setzen.

Das Ziel dieser Kämpfe kann für Sozialisten kein anderes sein, als das, den juristischen und politischen Ueberbau der heutigen Gesellschaft mit ihrer ökonomischen Struktur in Einklang zu bringen. Das wird in der planmäßig organisierten sozialistischen Weltwirtschaft geschehen sein.

Die sozialistische Weltwirtschaft setzt den Sturz der kapitalistischen Weltwirtschaft voraus. Die sozialistische Internationale muß sich ein klares internationales Programm geben, das für alle Länder unbedingt gilt. Sie hat darüber hinaus die Aufgabe, schon jetzt Richtlinien für alles das aufzustellen, was am Tage nach dem Sturz der kapitalistischen Weltwirtschaft praktisch geschehen muß, um den Sozialismus zu verwirklichen. Jedes Mitglied einer sozialistischen Landespartei muß auch persönlich und direkt Mitglied der sozialistischen Internationale sein, muß auch direkte Beiträge an die Internationale leisten. Durch die persönliche und direkte Zugehörigkeit der einzelnen Arbeiter zur Internationale wird die Idee der Internationale eine viel tiefere Wirkung auf das Proletariat ausüben und die internationale Zusammengehörigkeit viel inniger sich gestalten.

Die Art der Kampfmittel und der Taktik ergibt sich aus den geschichtlichen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und aus den Erfordernissen der Gegenwart. Wir werden heute nicht mehr Maschinen demolieren, Fabriken in Brand setzen und einzelne Menschen umbringen, weil sie reich sind. Wir werden heute nicht mehr gegen Produktionsinstrumente und einzelne Personen kämpfen, sondern gegen das kapitalistische Produktionssystem und gegen die Klassen, die die Träger und Verteidiger dieses Systems sind. Wir werden heute nicht mehr Verkschwörergesellschaften bilden und Attentate als politische Kampfmittel gelten lassen, sondern durch große Organisationen die Ar-

*) Aus der morgen erscheinenden Nr. 44 des „Sozialisten“.

beiter zusammenfassen und in breiterer Öffentlichkeit wirken. Nur so können wir die Arbeiter bis weit über die Organisationsgrenzen hinaus erfassen und für die Revolution mobil machen. Wir werden heute nicht mehr durch planlose Aufstände von proletarischen Minderheiten den Gewalthabern Gelegenheit geben, die Arbeiter dermaßen abzujulachen, daß sie dauernd ohnmächtig zu jeder wirkungsvollen und entscheidenden Aktion sind, sondern wir werden Massenaaktionen als wichtigstes Kampfmittel planmäßig und zielbewußt durchführen. Wir werden nicht den Arbeitern vortäuschen, daß wir auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie durch den Parlamentarismus den Kapitalismus überwinden können, sondern wir werden daran festhalten, daß der Parlamentarismus nur ein — und nicht einmal das wichtigste — Kampfmittel im Befreiungskampf der Arbeiter ist. Über nichtbestehender ein wirkames Kampfmittel. Ein Mittel für die revolutionäre Propaganda, ein Mittel zur Enttarnung der Regierung und der verschiedenen Parteien. War der Parlamentarismus außerdem ein wichtiges Mittel, Neformen zur materiellen und geistigen Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu erlangen, so ist er heute darüber hinaus ein wichtiges Mittel, die Arbeiter für ihre praktische Betätigung nach dem Sturz der kapitalistischen Herrschaft zu schulen. Man denke nur an die Schulung unserer Vertreter durch ihre Arbeit in den Kommunen. Wie wertvoll wird diese Schulung für die Arbeiterklasse sein, wenn sie vor der Frage steht, den ganzen Verwaltungsapparat der Gesellschaft zu übernehmen. Ebenso wertvoll, wie die wirtschaftliche und technische Schulung der Arbeiter in der Arbeiterorganisation. Ebenso wertvoll, wie die politische Schulung der Arbeitervertreter in den gesetzgebenden Körperschaften.

Die Internationale wird nicht die primitiven Kampfmittel der Arbeiter aus der Urzeit ihrer Bewegung anwenden dürfen, sondern sie wird alle entwickelten Waffen der modernen Arbeiterbewegung verwenden müssen und zu ihrem Nutzen auf keine verzichten dürfen. Und es darf kein Gebiet geben, auf dem die moderne Arbeiterbewegung nicht dem Kapitalismus entgegentritt.

Die Internationale wird auch nicht zu den überwundenen primitiven und anarchistischen Ideen zurückkehren und die Geschichte des Sozialismus als Lust behandeln dürfen, sondern sie wird sich fester als je auf den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stellen müssen. Je wilder die politischen Stürme draußen, desto fester müssen wir als wissenschaftlich geschnittenen Sozialisten stehen, desto klarer müssen wir hilden.

Die Internationale muß aber auch ebenso rücksichtslos wie den Anarchismus den Opportunismus ausmerzen. Der Opportunismus war es, der der alten Internationale das Mark aus den Knochen fraß, er ist es, der auch die neue Internationale rückgratlos machen würde, wenn er dort eine Stätte fände.

Wie soll nun die neue Internationale geschaffen werden? Wir wissen aus der Geschichte der Internationale, daß jedesmal, wenn sie aufgehört hatte zu bestehen, ungeduldige und vorzeitige Versuche unternommen wurden, sie wieder zu errichten. Diese Versuche haben nie zu einem Erfolge geführt. Jedesmal kam die neue Internationale erst dann zustande, wenn ihr Wiedererstehen durch die Verhältnisse zwingend wurde und wenn in den Arbeiterorganisationen der einzelnen Länder die Vorbedingungen dazu geschaffen waren. Sollten wir diese Lehren unbeachtet lassen? Das wäre durchaus nicht nützlich für die kommende Internationale.

Die Gründung der Moskauer Internationale ist so ein verfrühter Versuch. Hat doch selbst der Vertreter des Deutschen Sparinfachbundes auf ihrer Gründungskonferenz die Gründung einer neuen Internationale als verfrüht bezeichnet. Es geht auch nicht an, daß ein Teil der internationalen Arbeiterbewegung eine Internationale gründet, ein Programm aufstellt und eine Taktik vorschreibt, die von allen anderen einfach hingenommen werden soll. Der Gründung einer Internationale müssen nationale und internationale Auseinandersetzungen und Klärungen vorausgehen. Und gerade in einer Zeit welterschütternder Ereignisse und grenzenloser Verwirrung ist es doppelt nötig, durch den Kampf der Geister zur Klarheit — und damit zur Aktionsfähigkeit zu kommen.

Die Zeit drängt, wir können nicht warten, hören wir als Einwand, die Weltrevolution muß unmittelbar herbeigeführt werden, soll Sowjetrußland nicht zugrunde gehen und die Weltrevolution nicht für absehbare Zeit abbrechen. Gewiß, die Zeit drängt. Und welcher revolutionäre Sozialist steht nicht mit allen Fasern seines Herzens die Erhaltung des revolutionären Rußland und den Fortgang der Weltrevolution herbei. Diese Sehnsucht darf uns jedoch nicht zu Mitteln der Ueberstürzung und Verzweiflung greifen lassen. Je stärker diese Sehnsucht ist, desto mehr verpflichtet sie uns zur Schaffung einer proletarischen Macht, die imstande ist, die revolutionäre Epoche abzukürzen. Die Bildung dieser proletarischen Macht wird aber gerade durch die Zersplitterung der Internationale verhindert. Durch eine Zersplitterung ohne durchschlagenden Grund. Es ist nur die höchste Feststellung einer Tatsache, wenn hier erklärt wird, daß die unabhängigen Sozialdemokraten nicht minder revolutionär sind als die Parteien der Moskauer Internationale.

Die Zeit drängt. Das sagten Ungebuldige schon 1918, in der Annahme, daß die proletarische Revolution binnen zweimal 24 Stunden kommen werde. Und mußten sie nicht einsehen lernen, daß sie im Irrtum waren? Mühte sich deswegen die Arbeiterbewegung begraben lassen? Im Gegenteil, sie ist ständig erwachend und reifer und stärker geworden. Heute wissen wir aus der Geschichte der Internationale, wie verderblich es ist, aus der rauhen Wirklichkeit harte Taktiken in die Gesetze phantastischer Ideen und Illusionen zu stürzen.

Wer mag es heute, ernsthaft zu behaupten, daß binnen zweimal 24 Stunden die Weltrevolution auch nur in allen erkapitellen Ländern ausbrechen wird? Ohne Frage, die Weltrevolution ist unvermeidlich, sie wird in allen kapitalistischen Ländern kommen, weil sie kommen muß, weil sie ihre bestimmte historische Mission hat, weil wir in ihrem Sinne bewußt auf die Entwicklung einwirken. Wenn aber nicht unvorhergesehenen Umständen eintreten, dann wird es noch eine halbe, ganze und langwierige Kampagne bedürfen, bis die Weltrevolution durch die Gänge bricht. Es wäre eine verhängnisvolle Illusion, nicht

mehr zu sehen, als die über Nacht kommende Weltrevolution, und alle Kampfmittel bis auf die direkte Aktion für den unmittelbaren letzten Erfolg zu misshandeln. Es wäre eine für jeden Politiker unverzeihliche Unterlassungssünde, die proletarische Bewegung nicht auch auf ein langwieriges, zähes Ringen einzustellen.

Aus der Moskauer Internationale.

Aus Moskau ergab an alle Parteien, die sich der kommunistischen Internationale angeschlossen haben, folgende Rundgebung:

Auf dem ersten Kongreß der kommunistischen Internationale (Moskau, 2.—5. März 1919) wurde in der Organisationsfrage folgender Beschluß gefaßt: Um ohne Rücksicht die Tätigkeit auszuüben zu können, wählt der Kongreß sofort die notwendigen Organe in der Meinung, daß die endgültige Verfassung der kommunistischen Internationale auf Vorschlag des Bureau vom nächsten Kongreß gegeben werden soll. Die Leitung der kommunistischen Internationale wird einem Exekutivkomitee übertragen; dieses setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der kommunistischen Parteien der bedeutendsten Länder. In das erste Exekutivkomitee sollen die Parteien Rußlands, Deutschlands, Deutschösterreichs, Ungarns, der Balkanländer, der Schweiz und Skandinavien sofort ihre Vertreter senden. Parteien anderer Länder, die vor dem zweiten Kongreß der kommunistischen Internationale ihren Beitritt erklären, erhalten einen Sitz im Exekutivkomitee. Bis zur Ankunft der Vertreter aus dem Auslande übernehmen die Genossen des Landes, in dem das Exekutivkomitee seinen Sitz hat, die Last der Arbeit. Das Exekutivkomitee erachtet es gegenwärtig für angebracht, die Bruderparteien Deutschlands, Deutschösterreichs, Ungarns, der Balkanländer, der Schweiz und Skandinavien an die Notwendigkeit zu erinnern, ihre Vertreter für das Exekutivkomitee zu belegen. Das Exekutivkomitee wendet sich ebenfalls an die anderen kommunistischen und linkssozialistischen Parteien und Organisationen, die auf der Plattform der kommunistischen Internationale stehen, mit der Mahnung, dem Bureau des Exekutivkomitees ihren Beitritt anzumelden und ihre Vertreter in das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale an alle Parteien und Organisationen, die der kommunistischen Internationale angehören, mit der Bitte, das Komitee über ihre Tätigkeit zu informieren. Dokumente und Material über die revolutionäre und sozialistische Bewegung in allen Ländern einzusenden und überhaupst alle Möglichkeiten zu benutzen, um mit dem Bureau des Exekutivkomitees in Moskau einen engeren Kontakt zu unterhalten.

Mit kommunistischem Gruß.

Für den Vorsitzenden des Exekutivkomitees:

R. Bucharin.

Der Sekretär: J. Bergin.

Aus dieser Rundgebung ergibt sich mit aller Klarheit der Charakter der Moskauer Internationale als einer internationalen kommunistischen Organisation. Die Leitung liegt in den Händen eines Exekutivkomitees, bestehend aus je einem Vertreter der kommunistischen Parteien der bedeutendsten Länder. Linkssozialistische Parteien werden zum Beitritt aufgefordert, wenn sie sich auf die Plattform der kommunistischen Internationale stellen.

Die Zentrale der Betriebsräte zur Gewerkschaftsfrage.

Die Reichskonferenz der Betriebsräte, die lechthin in Halle tagte, hat zur Gewerkschaftsfrage eine Erklärung angenommen, deren wesentlicher Inhalt in folgenden Leitsätzen konzentriert ist:

1. Umbau der Gewerkschaften zu großen Industrieorganisationen.
2. Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum.
3. Anerkennung des Räteystems als Grundlage der Sozialisierung.
4. Aufgabe der bisherigen politischen Neutralität.
5. Anerkennung des Massenstreiks als wirtschaftliches und politisches Kampfmittel.
6. Grundständige Forderung der Umwandlung der Gewerkschaften.
7. Alleiniges Bestimmungsrecht der Mitglieder im Betrieb und Beruf.

Weiter sagt die Erklärung, daß die Arbeiterschaft in ihren Organisationen alle vorbereitenden Maßnahmen treffen muß, um den Wirtschaftsprozess im sozialistischen Sinne fortzuführen. Darin sei eine „prinzipielle Klärung in den Gewerkschaften“ und der Umbau in der oben gekennzeichneten Richtung „keine Frage, die jahrelange Erörterungen und Beratungen zuzieht“. Die maßgebenden Gewerkschaftsinstanzen stünden dieser Tendenz ablehnend und feindselig gegenüber.

Im Anschluß daran folgt die Erklärung weiter: „Aus dieser Tatsache darf jedoch nicht die Forderung des Einzelaustritts aus den Organisationen gezogen werden.“

Der Kampf um die baldige Eroberung der Gewerkschaften muß planmäßig nach folgenden Richtlinien durchgeführt werden: Die Opposition ist organisatorisch zusammenzufassen.

In Orten, wo die Opposition die Mehrheit hat, ist die maßgebende Organisation das Gewerkschaftskomitee.

In allen anderen Orten wählt die Opposition eine Kommission, in der möglichst alle Gewerkschaften vertreten sind.

Die Zentrale der Betriebsräte unterstützt die Opposition in ihrem Kampfe.

Die Opposition muß sich in den einzelnen Gewerkschaften und Orten organisatorisch verbinden.

Bei Differenzen in den einzelnen Gewerkschaften, wo oppositionellen Gruppen es unmöglich gemacht wird, in der Gewerkschaft zu verbleiben, ist die Aktivierung der Zentrale anganzuzusetzen.

Wir, die wir die oppositionelle Bewegung in den Gewerkschaften stets unterstützt und gefördert haben, finden es vollkommen in der Ordnung, daß die Opposition überall dort, wo sie die Macht hat, auch die Verantwortung für die Leitung der Organisationen übernimmt, indem sie die Vorstandspositionen mit Personen ihres Vertrauens besetzt.

Die Frage ist nun, welche Mittel die oppositionelle Bewegung anzuwenden hat, um diese Macht zu erlangen. Und da erscheinen uns die in der Erklärung empfohlenen Wege nicht unbedenklich. Die glücklichen Abgänge wenden

sich zwar gegen den Einzelaustritt aus den Organisationen, fordern aber zugleich einen engen organisatorischen Zusammenhalt der Opposition, eine Bildung von Organisationen in den Organisationen, die das Ausweichen ganzer Gruppen noch in bedrohliche Nähe rücken könnte. Ein solcher Weg mag in der Praxis nicht beabsichtigt sein, aber die Erklärung verfaßt es zum mindesten, seine Unzweckmäßigkeit klar anzusprechen. Besonders der letzte Absatz, in dem von der Unmöglichkeit für manche oppositionelle Gruppen, in den Gesamtverbänden zu bleiben, gesprochen wird, läßt solche Deutungen zu und bietet den Gegnern der Opposition damit Angriffsflächen, die diesen durchaus erwünscht sind.

Und das hat die Opposition nicht nötig. Sie ist stark und lebendig genug, um sich auch ohne taktische Leitzüge dieser Art jene Stellung zu verschaffen, die ihr gemäß ihrer Stärke in den einzelnen Gewerkschaften zukommt. Unter Benützung der Leitzüge kann der oppositionellen Wirkung sehr leicht eine gewisse Veranschaulichung zu den Prophezeien jener direkt und offen auf die Haltung zielenden mündeltrügerischen Betriebsorganisationen neofaschistischer Tendenz nachgelegt werden. Deshalb hätten wir gewünscht, daß die Erklärung, die wir als Mittel theoretischer Verständigung billigen, in ihren organisatorischen Leitsätzen eindeutiger ausgefallen wäre. Wir müssen immer wieder betonen, daß es die gegenseitige Situation zur höchsten Pflicht eines jeden Sozialisten macht, die Einheit gerade der Gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats absolut unangefastet zu lassen und als unantastbar zu erklären.

Ein neuer Spaltungsversuch.

In der kommunistischen „Rote Fahne“ wird mitgeteilt, daß die Fraktion der R. B. D.-Arbeiterräte sich entschlossen hat, die Beschlüsse der letzten Vollversammlung der Arbeiterräte nicht zum Anlaß eines Ausscheidens aus der Vollversammlung und dem Vollzugsrat zu machen. Bedingung einer weiteren Zusammenarbeit mit der U. S. B. sei natürlich, daß die erwähnten Beschlüsse aufgegeben werden. Die Fraktion der R. B. D. will in der heute stattfindenden Vollversammlung der Arbeiterräte folgenden Antrag einbringen:

„Die Vollversammlung erkläre in der revolutionären Betriebsorganisation, ohne prinzipiell für oder gegen die freien Gewerkschaften oder die Betriebsorganisation Stellung zu nehmen, eine Klassenorganisation der revolutionären Arbeiter, die gegen alle Terrorisierung, von welcher Stelle sie auch immer erfolgen möge, mit allen Mitteln zu kämpfen ist. Die Vollversammlung fordere deshalb die Funktionäre der Betriebe auf, bestehende Werksratsbeschlüsse, die die Zugehörigkeit zu den freien Gewerkschaften fordern, dahin abzuändern, daß die Mitgliedschaft zur freien Gewerkschaft oder zur revolutionären Betriebsorganisation freigelegt wird.“

Der Sinn dieses Antrages ist der, daß die „revolutionäre Betriebsorganisation“ mit den Gewerkschaften gleichgestellt und zugleich der in der letzten Vollversammlung abgelehnte Antrag auf Aufhebung aller die Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft fordernden Beschlüsse in anderer Form wieder eingeschmuggelt wird. Damit beginnt der Streit von neuem. In der letzten Vollversammlung haben sich die U. S. B.-Arbeiterräte mit aller Entschiedenheit gegen die revolutionäre Betriebsorganisation ausgesprochen. Es gibt für sie in dieser Frage kein Zurückweichen. Noch vor einigen Tagen hat Genosse Richard Müller auf der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart unter Hinweis auf die syndikalistischen Bestrebungen der Kommunisten und die Differenzen im Berliner Vollzugsrat erklärt: „Hier gibt es für uns kein Vakillieren, hier heißt es: Klarheit! Danach ist mit aller Bestimmtheit anzunehmen, daß auch dieser neue Antrag der R. B. D. von den U. S. B.-Arbeiterräten abgelehnt werden wird.“

Die „Rote Fahne“ spricht davon, daß die Spaltung von den unabhängigen Genossen provoziert werde und daß der „Säuwinkelbericht“ der „Freiheit“ demselben Zwecke dienen sollte. Das heißt die Dinge auf den Kopf stellen. Von den U. S. B.-Arbeiterräten und den unabhängigen Genossen im Vollzugsrat ist die denkbar größte Räumigkeit, das weiteste Entgegenkommen den Kommunisten gegenüber gezeigt worden. Niemand kann und wird eine Spaltung und damit eine neue Erschütterung der revolutionären Kampffront des Proletariats mehr bedauern als die unabhängigen Genossen. Für diese Behauptung sprechen unzählige Beweise seit dem Bestehen des Vollzugsrats und der Vollversammlungen. Und der „Säuwinkelbericht“ der „Freiheit“ stellt nicht die Tatsachen fest, wie sie durch die erneute Absticht der Kommunisten bestätigt werden. Der Bruch ist unvermeidlich, wenn die Aufhebung der Beschlüsse, die von den Arbeitern die Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft verlangen, zur Bedingung für das Verbleiben der Kommunisten im Vollzugsrat und in der Vollversammlung gemacht wird. Die Aufhebung dieser Beschlüsse würde die Zerreißen und völlige Zerlegung der geschlossenen Macht der freien Gewerkschaften und damit eine Lähmung des proletarischen Klassenkampfes zur Folge haben. Was das in dieser Zeit der gewaltigen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit für die gesamte Arbeiterschaft bedeutet, das sollten nachgerade auch die Kommunisten erkannt haben. Der organisierte Macht des Unternehmertums kann nur die geschlossene, organisierte Macht des Proletariats als Gegner gegenüberreten. Das ist auch eine revolutionäre Einsichtswahrheit; nur daß sie den Kommunisten scheinbar noch nicht aufgegangen ist.

Was die veränderten Verhältnisse verlangen an Umbau und Umbau der Gewerkschaften, um sie zu revolutionären Klassenkampforganisationen zu gestalten, das wird in hohem Maße mit der alten Richtung von den unabhängigen Genossen in den Gewerkschaften erfüllt. Hier wäre Gelegenheit für die Kommunisten, Schulter an Schulter mit den unabhängigen Genossen revolutionäre Arbeit zu leisten.

Das meint aber nicht nach ihrem Geschmack zu sein. Hauptlos ist für sie nicht das Interesse der Bewegung in ihrer Gesamtheit, sondern ihr eigenes Selbstinteresse, das sie jetzt mit der „revolutionären Betriebsorganisation“ diesen neuesten Wundermittel, verknüpft haben. Es dabei die geschlossene Macht der revolutionären Arbeiterschaft zum Teufel geht, ist ihnen gleichgültig.

Ein faules Kompromiß.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften hat sich nun auch zu einer Äußerung über die „Technische Nothilfe“ ausgesprochen. In einem langen Artikel legt das Blatt zunächst dar, welchen Zweck die „Technische Nothilfe“ nach ihren eigenen offiziellen Auslassungen haben soll. Der Artikel geht jedoch zu erkennen, daß man auch in der Redaktion dieses Blattes, deren Auffassungen sich mit der Meinung der Generalkommission decken dürften, einige Zweifel in die Aufrichtigkeit der offiziellen Kundgebungen der „Technischen Nothilfe“ wegt, die in Anlehnung an eine humanitäre Sorge um das Wohl der Gesamtheit erlitten. Das „Korrespondenzblatt“ hat jedoch nicht den Mut, diese Zweifel offen auszusprechen und den eigentlichen Sinn des ganzen Unternehmens deutlich zu bezeichnen. Darum zeigt der Artikel eine schwankende und unsichere, kompromißvolle Haltung und kommt zu Lösungen, die in ihrer Ungünstigkeit die Gefahr für die Gewerkschaften, die in der „Technischen Nothilfe“ empornähst, noch steigern.

Das „Korrespondenzblatt“ zitiert Kundgebungen einiger Gewerkschaften zu der Frage der „Technischen Nothilfe“ und gibt den Äußerungen der mit der behördlichen Streikbrecherorganisation durch die und durch die Berliner Organisation der Rechtssozialisten und des „Vorwärts“ weiten Raum, um nachzuweisen, daß in der Arbeiterschaft selbst Meinungsverschiedenheiten über die Einschätzung der „Technischen Nothilfe“ bestehen. Und darum sei, meint das Blatt der Generalkommission, eine Klärung der Angelegenheit notwendig, wobei das Schwergewicht auf die Frage zu legen sei, wie man die lebenswichtigen Betriebe wiederherstellen könne.

Die Frage des politischen Streiks geht die Gewerkschaften nicht an. Bei gewerkschaftlichen Bewegungen oder streikähnlichen Versammlungen zu, für die Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe zu sorgen. Die Erfüllung dieser Verpflichtung habe darin zu bestehen, daß die beteiligten Gewerkschaften selbst für den Schutz der in Frage kommenden Betriebe und deren Funktionen sorgen und eine gewerkschaftliche Nothilfe für diese Zwecke in den betroffenen Betrieben zurücklassen. Unter dieser Voraussetzung darf mit Recht verlangt werden, daß die Regierung jedes Eingreifen in den Streik zugunsten der betroffenen Betriebe unterläßt.

Somit bleibe also nach der Auffassung des „Korrespondenzblattes“ für die „Technische Nothilfe“ die Aufgabe bestehen, Sicherungen der in Frage kommenden Betriebe durch politische Streiks zu verhindern. Dagegen hat das Blatt nichts einzuwenden, es hält vielmehr die Lösung dieser Aufgabe für durchaus geboten und dringend erwünscht, wie aus der Tendenz des ganzen Artikels deutlich hervorgeht.

Eine solche Regelung ist ein faules Kompromiß, ein Anzeichen angesichts der Tatsache, daß, wie die Erfahrungen der letzten Monate in eindringlichster Weise gezeigt haben, beim Unternehmertum und bei den Behörden die Meinung besteht, jedem wirtschaftlichen Streik politische Motive zu unterstellen, um dadurch die Öffentlichkeit gegen die Streiks zu beeinflussen. Die Generalkommission hat bis jetzt zu dieser Stimmungsmache geschwiegen und schweigt auch in ihrem Artikel dazu. Die Frage der „Technischen Nothilfe“ und das Problem, wie diese Gefahr für das Streikrecht der Arbeiterschaft zu beseitigen ist, ist aber untrennbar von diesen Erwägungen. Gibt man der „Technischen Nothilfe“ das Recht der Eingriffe im Hinblick auf einen politischen Streik, der irgendwann und irgendwo stattfinden könnte, dann öffnet man damit dem Arbeitgeber auch dieses Instrumente für und vor. Das „Korrespondenzblatt“ scheint die Situation, in der wir uns befinden, nicht zu erkennen. Es scheint nicht zu wissen, daß das Unternehmertum von jedem Streik, der seiner Nachstellung gefährlich werden könnte, bedauert wird, er sei aus politischen Motiven geboren und deshalb politische Ziele, um dadurch Gelegenheiten zu bekommen, die Nachmittel des Klassenkampfes gegen die Arbeiterschaft in Anwendung zu bringen. Es scheint ihm ferner unbekannt zu sein, daß die „Technische Nothilfe“ unter dem Kommando der Reichswehr steht, daß diese über den Einsatz der technischen Sicherheitskräfte verfügt und daß in der Reichswehr, wie der Vertriebsabteilung befehligt, Tendenzen vorherrschen, die jenen eben gekennzeichneten Reizungen des Unternehmertums willig entgegenkommen. Alle diese arbeitserfindlichen Bestrebungen werden durch eine solche zwiespältige Haltung der höchsten Gewerkschaftsorganisation gefördert und legitimiert.

Das „Korrespondenzblatt“ geht aber noch weiter. Selbst bei gewerkschaftlichen Streiks gesteht sie der Regierung das Recht zu, zu prüfen, ob die durch die Gewerkschaften selbst gegebene Sicherung der lebenswichtigen Betriebe ausreichend sei. Komme sie zu der Erkenntnis, daß dies nicht der Fall sei, so sei allerdings die Notwendigkeit des Eingreifens der öffentlichen Sicherheitsorgane unabweisbar.

Alle diese Halbheiten und dieses Ausweichen vor dem Kern der Frage öffnet der wirtschaftlichen Anwendung der „Technischen Nothilfe“ weite Spielräume, womit das Streikrecht der Arbeiterschaft aufs äußerste gefährdet wird. Wegen einer Einschränkung des Koalitionsrechts der in den lebenswichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter hat übrigens das „Korrespondenzblatt“ gar nichts einzuwenden. Es fordert vielmehr, daß „Streiks in diesen Betrieben und Betrieben unter ein verschärftes Streikreglement zu stellen sind, und daß durch obligatorische Schlichtungsinstanzen erhöhte Sicherheit gegen unbecanntliche und übertriebene Arbeitsverpflichtungen, vor allem gegen politische Streiks, zu schaffen sind“. Es macht also in dieser Frage dem Unternehmertum Zugeständnisse, die selbst der bürgerliche Sozialpolitiker Prof. Brande ablehnt.

Über die Frage der politischen Streiks wollen wir mit der Generalkommission der Gewerkschaften nicht reden. Wer in den Arbeitsgemeinschaften täglich Arm in Arm mit dem Unternehm-

tum den Sozialismus in die Schranken fordert, erscheint uns weder befähigt noch berechtigt, über das Problem des politischen Streiks zu urteilen. Und das Urteil über die Einschränkung des Streikrechts für die in den sogenannten lebenswichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter, aufgestellt durch die höchste Instanz der deutschen Gewerkschaftsbewegung, können wir den beteiligten Arbeitern ruhig selbst überlassen. Sie werden ein Urteil finden, das den Männern vom Engelstuf recht unangenehm in die Ohren klingen wird.

Nur eines möchten wir noch betonen. Wenn man die Forderung des „Korrespondenzblattes“ erfüllen will, so ist die Voraussetzung dafür eine genaue Umschreibung des Betriebes „lebenswichtiger Betrieb“. Vielleicht gibt das „Korrespondenzblatt“ der Öffentlichkeit bald Aufschluß darüber, was die Generalkommission unter einem lebenswichtigen Betrieb versteht und wie weit sie die angeregte Schmälerung des Streikrechts der Arbeiterschaft ausdehnen gedenkt.

„Genosse“ von Gilsa.

Die „Nationale Leitartikellkorrespondenz“ des Dr. Fritz Neumann schreibt:

„Wie wir von zuverlässiger Seite hören, gab es unlängst bei der Beratung von Regierungsvorberatern und Abgeordneten ein interessantes Intermezzo. Es waren u. a. Vertreter des Reichswehrministeriums, darunter der Adjutant Koesel, Major von Gilsa, anwesend. Einer der Regierungsmitglieder berief sich in der Debatte plötzlich auf „unsere Genossen von Gilsa“. Als die Vertreter der bürgerlichen Parteien über diesen vermeintlichen Jünglingschlag ihre Heiterkeit äußerten, erklärte jenes Regierungsmitglied gewissermaßen offiziell: „Meine Herren, wir haben das Recht, von dem „Genossen von Gilsa“ zu sprechen, da Herr Major von Gilsa seinen förmlichen Uebertritt zur Sozialdemokratie erklärt hat.“ Man wird jedermanns Ueberzeugung zu ehren haben. Aber dieser Bestimmungswechsel in diesem Augenblick und in dieser Stellung wird, so fürchten wir, im Lande einen Eindruck machen, der Herrn Major von Gilsa nicht gerade zur Ehre gereichen wird.“

Wir dagegen meinen, daß Herr von Gilsa kaum einen Bestimmungswechsel vorzunehmen brauchte, um Mitglied der Rechtssozialisten zu werden. Der Bestimmungswechsel ist von der anderen Seite so ausgiebig vollzogen worden, daß die Ideengemeinschaft vollständig geworden ist.

Heeres- und Marinefragen.

Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung bewilligte am Dienstag den Etat des Reichswehrministeriums. Es wurde folgender Antrag Haas-Bachnide (Dem.) gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen: 1. das Besatzungsgeld und den Unterhalt für Unterbringung angemessen zu erhöhen; 2. sofort zu prüfen, ob die Gehälter der Offiziere, Beamten, Unteroffiziere und Mannschaften den heutigen Verhältnissen entsprechen und sie gegebenenfalls zu erhöhen; 3. die Verpflegung zu verbessern; 4. soweit das noch nicht geschehen konnte, der Reichswehr gute Bekleidung zur Verfügung zu stellen; 5. den aus der Gefangenenschaft zurückkehrenden Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften Stellen in der Reichswehr freizuhalten; 6. festzustellen, welche Stellen in Staat und Gemeinden den Angehörigen der Reichswehr nach ihrer Dienstzeit offenstehen.

Wir wünschten, daß die gleiche Fürsorge, die den Reichswehrgelübten zuteil werden soll, auch den Arbeitslosen und Kriegsschädigten und den Kriegshinterbliebenen zuteil werden würde. Aber während man diesen die Erfüllung ihrer Wünsche versagt, ist man in der Fürsorge für die Soldaten sehr entgegenkommend.

Ein vollständiger Wirtschaftsrat.

Der § 165 der Reichsverfassung sieht die Bildung eines Reichswirtschaftsrats vor, dessen Zusammenlegung durch ein besonderes Gesetz geregelt werden soll. Da dieses Gesetz noch nicht vorliegt, ist jetzt ein provisorischer Wirtschaftsrat gebildet worden. Er setzt sich folgendermaßen zusammen: Gruppe Industrie: zwei Vertreter des industriellen Unternehmertums, zwei Vertreter der industriellen Arbeiterschaft. Gruppe Handel: ein Vertreter des Ein- und Großhandels, ein Vertreter des Großhandels, ein Vertreter der Großeinlaufs-Gesellschaft, ein Vertreter der Arbeitnehmer des Ein- und Großhandels. Gruppe Landwirtschaft: zwei Vertreter der Landwirtschaft, zwei Vertreter der Landarbeiter. Gruppe Verbraucher: ein Vertreter der Kommunalverwaltungen, ein Vertreter der letzten Verbraucher.

Dieser Wirtschaftsrat hat den Zweck, die Willensäußerung der in ihm vertretenen Wirtschaftsgruppen dem Reichswirtschaftsministerium zum Ausdruck zu bringen, ist also keineswegs als eine Interessentenvertretung der Arbeiterschaft anzusehen.

Berkehrstrife und Kohlennot.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ enthält einen Bericht über den ober-schlesischen Eisen- und Kohlenmarkt. In diesem Bericht heißt es:

Die ober-schlesische Kohlenindustrie verspürt den Mangel an Eisenbahnwagen, der allgemein herrscht, jetzt mehr denn je. Jedenfalls werden bedeutend mehr Kohlen gefördert, als von der Eisenbahn abgehoben werden können. Ungehobene Kohlenmengen müssen auf die Halben gekürzt werden, ganz allein im Nationalen Gebiete liegen über eine Million Tonnen Kohlen auf den Halben. Das ist um so unerfreulicher, als die Kohlfrage von allen Seiten eine kümmerliche ist. Es ist leider keine Aussicht vorhanden, daß die Versorgung der Verbraucher sich in nennenswerter Weise bessern wird, da die Transportmittel fortbestehen werden. Dazu kommt, daß auch die Qualität der Kohlen sich andauernd verschlechtert, der Ausbeutungsgrad hat sich bedeutend verringert. Die Industriebetriebe spüren das besonders, zumal die Metall sehr bedeutend in Metallindustrie gezogen werden. Aber auch die übrigen Verbraucher empfinden die Minderwertigkeit eines Teils der jetzt gelieferten Kohle ganz erheblich. Eine Verminderung der Produktion ist einzuweisen nicht zu erwarten; die Erzeugung wird hoffentlich auf der Höhe, auf der sie jetzt steht, gehalten werden können. Auf einigen Gruben wurden in der letzten Zeit sogar größere Mengen als vor dem Kriege gefördert. Wenn die Bogenstellung ein-gemessen gebessert werden könnte, so ließe sich eine Verringerung des allerhöchsten Bedarfs bewerkstelligen.

Auch Berichte aus anderen Distrikten lassen erkennen, daß der Mangel an Transportmitteln die Förderung an Kohle außerordentlich beeinträchtigt und die Kohlennot so gewaltig verschärft.

Bericht des Vollzugsrats.

Der Vollzugsrat hielt am 28. Oktober eine Sitzung ab, in der er zunächst Stellung nahm zu den Verhandlungen der Unternehmer in der Metallindustrie, die die gegenwärtigen Verhandlungen zur Verlegung des Reichsarbeiterstreiks dazu ausnutzen wollen, die Arbeiter- und Betriebsräte zu bezeitigen. Der Vollzugsrat beschloß, der am Mittwoch, den 29. Oktober, stattfindenden Volksversammlung aller Arbeiterräte und Funktionäre das räte- und arbeitserfindliche Verhalten der Unternehmer darzulegen und die Arbeiterkraft aufzufordern, sich vor einem solchen Attentat zu schützen. Sodann wurden einige mit der Frage „Betriebsorganisation oder Gewerkschaften“ zusammenhängende Punkte erörtert. Unstimmig wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Zugehörigkeit zur Betriebsorganisation keinen Anlaß zu irgendwelchen Maßregelungen geben darf.

Infolge der Tätigkeit des Vollzugsrats haben sich Differenzen mit einigen Gewerkschaftsleitungen herausgestellt. Diese verstanden im Kreise ihrer Mitglieder die Bestimmung gegen den Vollzugsrat zu erzeugen. Der Vollzugsrat spricht den Wunsch aus, daß zu Gewerkschaftsversammlungen, in denen das Verhältnis zwischen Vollzugsrat und Gewerkschaft erörtert wird, auch Mitglieder des Vollzugsrats eingeladen werden, um den Mitgliedern der Gewerkschaften in einwandfreier Weise die Stellung und die Maßnahmen des Vollzugsrats klarzulegen.

Herner nahm der Vollzugsrat in der Sitzung einen Bericht von der in Halle stattgefundenen Konferenz der Betriebsräte des gesamten Mitteldeutschen Bergbaus entgegen. Hieraus ging hervor, daß die Verhaftung des Betriebsrats der Bitterfelder Grube Leopold sowie das Verbot der Technischen Nothilfe unter den Bergleuten eine gewaltige Erbitterung hervorgerufen habe. — Schließlich wurden die Maßnahmen der Postbehörde in Sachen der Telefonanlage für das Bureau des Vollzugsrats erörtert. Aus diesem Verhalten der Behörde geht ganz einwandfrei hervor, daß eine ganz bestimmte Absicht anzunehmen ist, die Arbeiten des Vollzugsrats so viel wie möglich zu erschweren. Auch diese Absicht muß beachtet werden.

Die Einreisebewilligung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika können deutsche Staatsangehörige erhalten, wenn sie ein wirkliches Geschäftsinteresse nachweisen und wenn von ihnen bekannt ist, daß sie nichts gegen die Interessen der Vereinigten Staaten tun werden. Für die Einreise ist der Nachweis einer amerikanischen Geschäftsführung oder eines amerikanischen Konsulats in einem an Deutschland angrenzenden Lande notwendig. Deutsche Geschäftsleute können jedoch Erlangung des Schmiergelds auch die Vermittlung spanischer Vertretungen in Deutschland in Anspruch nehmen, die den Antrag auf Erteilung des Schmiergelds an eine amerikanische Vertretung in einem Nachbarlande Deutschlands weitergeben.

Der Streik der Metallarbeiter.

Bericht des Schiedsgerichts.

Die Beratungen der vertragschließenden Parteien der Metallarbeiter und Metallindustriellen und die Parteiverhandlungen vor dem Schiedsgericht schreiten gut voran. Es ist bereits gelungen, den größten und wichtigsten Teil der anzuklassifizierenden Arbeiterkategorien in die Lohnklassen einzuzureihen. Dagegen haben die unmittelbaren Besprechungen der Parteien über die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit leider noch zu keinem Ergebnis geführt.

Obleute der bestreikten Betriebe.

Donnerstag vormittag 9 Uhr im großen Saal der Sophienstraße Sitzung.

Ankündigungen.

Siemens-Schuckert Kleinbau: Mittwoch 2 1/2 Uhr Betriebsversammlung Volkshaus, Charlottenburg, Postenstraße 8. Quittungen unterschreiben, wichtige Mitteilungen entgegennehmen. Die Vertrauensleute müssen eine Stunde früher erscheinen.

A. G. O. Turbine: Mittwoch 1/2 Uhr Funktionärskonferenz Verhandlungsreihe 4. Auszahlung der Unterstützung Nr. 1-500. Mittwoch von 9-2 Uhr, über 500 bis Schluß Donnerstag von 9-2 Uhr.

A. G. O. Kabellewerk, Werkzeugbau: Donnerstag nachm. 8 Uhr Betriebsversammlung „Landsturm“. Abgabe der Karten erfolgt von 12 Uhr an bei Hartung.

A. G. O. Kabellewerk, Wkt. St. 1 u. 2: Mittwoch nachm. 9 Uhr bei Pomp. Ober-schlesische Metallindustrie, 43.

R. W. O. Ober-schlesische Wkt. Gießerei und Raff. Elm: Mittwoch nachm. 8 Uhr Versammlung der Werke, Siemensstr. 5. O. G. O. Mittwoch von 8-12 Uhr im Streiklokal Unterstützung der Quittungen.

G. Zwietusch u. Co. Heute Mittwoch Auszahlung der Streikunterstützung von 11 bis 2 Uhr Nr. 1-824 bei Döring Nr. 225-378 bei Arnswald; Abgabe der Stempelkarte.

Typograph. Mittwoch mittags 12 Uhr Auszahlung der Streikunterstützung. Ausgehende Kollegen empfangen ihre Stempelkarte im Streiklokal.

Schütte u. Reichen, Baumhauwerk. Mittwoch mittags 2 Uhr im Streiklokal Quittungen unterschreiben und Streikarten abgeben.

L. Reisch. Sophienstraße 21 Donnerstag 11 Uhr vorläufige Betriebsversammlung. Unterschreiben der Quittungen und Abgabe der Stempelkarten. Die Vertrauensleute treffen sich um 10 Uhr im Streiklokal.

Daimler, Marienfelde. Heute Mittwoch Quittungen unterschreiben. Nr. 1-500 von 11 bis 1 Uhr. Nr. 501-1128 von 1 bis 3 Uhr im Lokal von Brumm, Reichard, Gde. Gensersstraße.

Siemens-Schuckertwerke, Charlottenburg Braukunstra. Mittwoch Quittungen unterschreiben. Donnerstag Betriebsversammlung 10 Uhr in der Kronenbrauerei, Al-Weid 46-47. Anschließend Auszahlung der Streikunterstützung.

Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A. G. Betriebsversammlung heute nachm. 3 Uhr in der Kronenbrauerei, Al-Weid 48.

Theatervorstellung zugunsten des Streikfonds.

Das Gewerkschafts-Theater Spandau veranstaltet am 8. November nachm. 8 1/2 Uhr im Stadttheater eine Gg. Vorstellung zum Besten des Streikfonds der Berliner Metallarbeiter. Zur Aufführung gelangen „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann. Preis beträgt pro Platz 2 Mark. Alle Plätze werden an der Theaterkasse durch Abgabe eines Postaus der Urne e. n. Bons sind im Bureau des Metallarbeiterverbandes, Rosenthaler Str. 7, sowie bei allen Gewerkschaften zu haben.

In der Notiz „Die erhöhten Unterhaltungspreise“ in unserer letzten Morgenausgabe sei verächtlich nachgefragt, daß die neuen Unterhaltungspreise nicht für Streikende und Gemahregelte, sondern für Streikende und Ausgesperrte gelten. Männliche Mitglieder der bisherigen 2. Klasse erhalten für die Frau nicht 6, sondern 3 M.

Arbeiter- und Betriebsräte! Arbeiter- und Angestelltenausschüsse aller Industriegruppen Groß-Berlins!

Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr

Große Versammlung

in den Räumlichkeiten, Telowertstr.

Zu berichten:

Der Kampf in der Metallindustrie und die geplante Rechts- und Arbeits- und Betriebsräte aller Industrien.

Der Vollzugsrat

Mitglied: ...

Deutsche Nationalversammlung.

Dienstag, den 28. Oktober 1919.

Anfragen.

Das Haus ist fast ganz leer. Auf eine Anfrage des Abg. Dellus (Dem.) erklärt die Regierung, daß über die Aufbesserung der Bezüge der Empfänger von Anfallrenten Verhandlungen eingeleitet sind, die vor dem Abschluß stehen. Dem Abg. Dr. Mittelmann (D. V.) erwidert die Regierung, daß es nicht zutrifft, daß die Banknotenfälschungen einen erschreckenden Umfang angenommen haben. Auf eine Beschwerde des Abg. Erlens (Dem.) behauptet ein Regierungsvertreter, daß eine Regelung der Verhältnisse der Lazarettinassen nicht erforderlich sei. (Anruhe und Widerspruch.) Auf eine Anfrage des Abg. Nieber (D. V.) erwidert die Regierung: Das als Kontrollorgan beim Polizeipräsidenten in Berlin nicht mehr zugelassene Mitglied Heise ist nicht durch ein anderes Mitglied des Berliner Arbeiterrates ersetzt worden. Die Aufsichtsborgane der Arbeiterräte bei den staatlichen Stellen sind eine Folgeerscheinung der Revolution, die eine vorläufige Anerkennung in den Verordnungen der preussischen Regierung vom 16. November 1918 und 18. Januar 1919 gefunden haben. Neurecht hat der Haushaltsausschuß der preussischen Landesversammlung beschlossen, dem Plenum die Annahme eines Beschlusses zu empfehlen.

wonach für die Arbeiterräte künftig staatliche Mittel nicht mehr verwendet werden dürfen.

Bei Annahme dieses Beschlusses durch das Plenum der Landesversammlung würde eine weitere Kontrollfähigkeit von Arbeiterräten bei einer staatlichen Behörde in Fortfall kommen.

Das Reichswirtschaftsministerium.

Abg. Düwelle (U. Soz.):

Die Angleichung der Inlandspreise an den Weltmarktpreis hätte eine neue Inanspruchnahme der Rentenpresse zur Folge. Damit kann man aber das Vertrauen des Auslandes und die Valuta nicht heben. Man muß wohl oder übel zu der sozialistischen Organisation des Ruhenstandes übergehen. Ohne sie kann man den Stand der Valuta nicht heben. Dr. Korfes Versuche, durch Aufhebung der Zwangswirtschaft den Mittelstand zu retten, würden keinen Erfolg haben. Sie (zur Rechtsen) verwechseln Ursache und Wirkung. Ihre Politik hat ja erst dazu geführt, daß wir Kriegsgesellschaften haben. (Widerspruch rechts.) Die Landwirtschaft ist die Quelle des Schleichhandels; aber auch andere Produzenten treiben offen Sabotage.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung ist eine kapitalistische; die Anternehmenssabotage liegt aber im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft.

Außerdem wollen sie dadurch eine geträgte Stimmung gegen die „arbeitsunlustigen“ Arbeiter hervorrufen. Trotz steigender Rohstoffpreise werden die lebensnotwendigen Betriebe nicht genügend mit Rohlen beliefert. Der Direktor eines Bergwerks hat ja der städtischen Untersuchungskommission von Darmen offen erklärt, er habe kein Interesse an der Einstellung neuer Leute. Schuld ist auch die unethische Rohlenhändler, die teilweise direkt von den Bechern mit Automobilen organisiert worden ist. Auf anderen Gebieten liegen die Dinge ähnlich. Im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen sind die Löhne nicht genug gestiegen. Daher ist der Reallohn in Deutschland viel geringer als im Auslande. Die Arbeiterschaft ist in Wahrheit durch den Krieg und seine Wirkungen in einen Prozeß der Vereinfachung hineingetrieben worden; das erklärt auch das sogenannte Streikfieber.

Die demokratische Staatsform spielt bei den Streiks keine Rolle. Sonst hätte ja Herr Koch vor dem Kriege schon die Streiks in Demokratie wie Frankreich und Nordamerika verurteilen müssen. Er hat das wohl nur zur Verleumdung der Technischen Rosthilfe und ähnlicher Streikbrecherorganisationen gesagt, die auf derselben Höhe stehen wie die Hingeführte Streikbrechergarde. (Debatter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) In der sozialistischen Wirtschaftspolitik ist der Streik allerdings überflüssig, nicht aber in der kapitalistischen. Weil nach jedem Streik neue Preissteigerungen eintreten, kommen die Arbeiter aus der Notigung zum Streik nicht heraus. Der wirtschaftliche Streik

hilft also nichts, und so sucht der Gedanke des politischen Streiks als neues Mittel immer mehr Boden. (Lärm. Zuruf: Wie in Rußland!)

Man behauptet, wir müßten erst unsere Volkswirtschaft auf kapitalistischem Boden wieder aufbauen, ehe wir sozialisieren; in Österreich ist man allerdings anderer Meinung. Die dortige Sozialisationskommission fordert gerade wegen des Niederganges der Wirtschaft die Sozialisierung. (Zuruf rechts: Warten Sie den Erfolg ab!) Die deutsche Arbeiterschaft läßt sich auf eine Hinausschiebung der Sozialisierung nicht ein. Die Landwirtschaft propagiert den Dieserteil. Man hält bis Kartoffeln zurück, um höhere Preise zu erzielen. Ebenso sieht es mit der Zuckerproduktion. Sie entziehen den Frauen und Kindern, auf die sie ja bei Streiks der Arbeiter so große Rücksicht nehmen, durch Sabotage ein hochwertiges Nahrungsmittel. (Großer Lärm. Abg. Dausche ruft: Wollen Sie Nüssen haben?) Diese Verbote hängen auf der gleichen Stufe wie die der süßen Kriegsvordere, wie Lubensoff und Konjorien. (Lärm rechts.) Die Landwirtschaft will sich gegen den Gewalt bedienenden zur Erhöhung der Schieberpreise. Jeder Bauer hat ja seine Rente zu Hause. (Lärm rechts.) Wenn Sie hoffen, alles das wieder einzuführen zu können, was Ihnen der 9. November genommen hat, so werden Ihnen die Arbeiterschaft einen Streik durch die Rechnung machen. Zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft gibt es nur einen Kampf bis auf Messer. (Großer Lärm.)

Abg. Dr. Dugs (D. V.): Die Fragen, die uns jetzt beschäftigen, sind die großen Lebensfragen unseres Volkes, die zu würdigen sind nach dem Gesichtspunkt, daß wir am Leben bleiben müssen. (Sehr richtig rechts.) Das Hinausschieben zum Weltmarktpreis muß bald erfolgen, namentlich mit Rücksicht auf die Lutzwaren. Die Regierung muß bei der Durchführung ihrer Wirtschaftspolitik von allen Seiten unterstützt werden.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Landarbeiter werden als Selbstversorger eingeschätzt; sie haben erheblich bessere Versorgung als städtische Arbeiter. Die Deputatwirtschaft führt nach der Höhe des Deputates zu Ungerechtigkeiten. Weitere Ansprüche der Landarbeiter wären unbegründet. Die Einstellung eines Unterstaatssekretärs für Landwirtschaft bitte ich um finanziellen Gründen abzulehnen. Der Abbau der Kriegsgesellschaften geht schneller vor sich, als im allgemeinen angenommen wird.

Abg. Behrens (Dnat.): Wir brauchen einen Berufslandwirt als Unterstaatssekretär. Die Reichsverwaltung muß ausgebaut werden, damit die Landwirtschaft zur Geltung kommt. Leider fragt man heute nicht nach den tatsächlichen Fähigkeiten, sondern nach der Parteigeheißung.

Der Antrag auf Einstellung eines Unterstaatssekretärs für Landwirtschaft wird abgelehnt. Dagegen wird eine Entschärfung des Ausschusses, zum Teil im Gegensatz zum Reichswirtschaftsminister, angenommen, nach der alle Bestimmungen in den Ernährungsvorschriften aufgehoben werden, die die landwirtschaftlichen Arbeitgeber hindern, die ihren Arbeitern zugesicherten Deputatbezüge ohne Beschränkung auszuliefern. Ferner soll der gesamte Organisationsplan des Reichswirtschaftsministeriums vorgelegt werden. Gewünscht wird eine stärkere Heranziehung der technisch und volkswirtschaftlich gebildeten Beamten. Ein Ausschuh aus Mitgliedern der Nationalversammlung, der Reichsregierung und des Reichsrates soll das Geschäftsbereich der Kriegsgesellschaften prüfen, ihre finanziellen Ergebnisse und Liquidierungen untersuchen.

Die Abstimmung über einen Antrag Arnstadt (Dnat.), daß der Erbs der Viehhäute dem Besitzer des Viehs, von dem es gekauft wird, in vollem Umfang ausgehahlt wird, ergibt im Gesamtergebnis die Befähigung des Hauses. 104 Abgg. stimmen dagegen, 102 dafür. Die Sitzung wird daher abgebrochen und die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später, auf 16 anberaumt.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung wird die Abstimmung über den Antrag Arnstadt, die zur Befähigungsfähigkeit geführt hätte, zurückgestellt. Angenommen wird ein Antrag Arnstadt (Soz.), den Aufgabekreis des Ausschusses zur Liquidation der Reichsrenten A. O. auf die Kontrolle der gesamten Geschäftsführung auszuweiten, ebenso Anträge auf Rechte für ausdehrende Rohstofflieferungen an das Handwerk, auf Unterstützung der in Folge des Krieges über der Kriegswirtschaft stillgelegten Handwerksbetriebe und auf Schutz der Industrie, des Gewerbes, des Handels und der Landwirtschaft gegen willkürliche Eingriffe Unterfahner

Abg. Koch-Merzberg (Dem.): Den Buderfabriken muß gestattet werden, mehr Ralasse als bisher an die rüdenliefernden Landwirte zu Futterzwecken herzugeben. Wird diesem Antrage nicht statt gegeben, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn im

nächsten Jahre noch weniger Ralassen angebaut werden. (Gört, hört bei den Soz.)

Abg. Dr. Semmler (Dnat.): Die Annahme dieses Antrages würde die landwirtschaftliche Erzeugung ganz bedeutend steigern.

Abg. Wurm (U. Soz.): Wenn man die Ralasse einseitig gegen den einen Zweck in übergroßem Maße zur Verfügung stellt, fehlt sie auf der anderen Seite, z. B. bei der Alkoholerzeugung, den man zu technischen Zwecken braucht. Der Abg. Koch drohte ganz offen mit der Sabotage der Landwirte.

Der Antrag Koch wird gegen die Stimmen der Mehrheitspartei und Unabhängigen angenommen, außerdem ein Antrag Schmidhals (Dem.), wonach landwirtschaftliche Berufsangehörige in das Ministerium berufen werden sollen. Ein deutschnationaler Antrag auf Erhöhung der Reichsunterstützung an die Zentralstelle für Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsbedingungen von 50 000 auf 100 000 M. wird abgelehnt.

Abg. Brahu (Dnat.): Die Kriegsgesellschaften sind in der Kriegszeit als eine Versicherungsanstalt gegen die Einziehung zum Geeresdienst angesehen worden. Jetzt dienen sie immer noch dazu, gewissen Leuten große Gehälter zu verschaffen. Es bestehen immer noch 64 Kriegsgesellschaften. Wir verlangen ihre schnellste Beseitigung. (Beifall rechts.)

Abg. Frau Schröder (Soz.): Die Reichslohnstelle muß auf die drückenden Verteilungstellen einwirken, daß die Löhne im Interesse der Allgemeinheit verteilt werden. Erst kommen die Krankenhäuser und zum Schluß die Kinos! (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Der Haushaltsplan für das Reichswirtschaftsministerium wird erledigt, der Antrag Arnstadt, der zu Befähigungsfähigkeit führte, wird bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Herrenmähneidner.

Einen Bericht über den Stand der Verhandlungen gab am Dienstag in der Vertrauensmännerversammlung Kollege Kaufmann. Die Verhandlungen zwecks Einräumung der vertriebenen Geschäfte in die einzelnen Lohnklassen haben Montag begonnen und werden voraussichtlich Dienstag zu Ende geführt. In einer am Mittwoch stattfindenden Versammlung der Einrunder soll, wenn sich nicht noch besondere Verhandlungsergebnisse ergeben, über die Aufnahme der Arbeit am Donnerstag beschlossen werden.

Da einige Arbeitgeber dazu übergegangen sind, weibliche Hilfskräfte zur Ausführung von Reparaturen und Reparaturen anzustellen, soll über einen Tarif für weibliche Hilfskräfte in nächster Zeit verhandelt werden.

Zum Streik im Eisenhandel.

Die Arbeitgeber ließen gestern an den Türen ein Plakat anbringen, in dem sie den streikenden Arbeitern Gefühlslosigkeit vorwerfen, weil sie beschlossen haben, die Pflege und das Füttern der Pferde einzustellen. Wir fragen nun, ist es nicht eine größere Gefühlslosigkeit, wenn die Arbeitgeber Löhne bieten, auf Grund deren die Familienväter ihre Frauen und Kinder hungern lassen müssen?

Die Sicherheitsgruppen haben auch gestern bei der Eisenlagergemeinschaft, Sidingstr. 7-11, und Thissen, Korffstr. 82, wieder fleißig Waggons ausgeladen, obwohl ihnen vom Polizeipräsidenten am Sonnabend ausdrücklich diese Arbeiten verboten worden sind.

Die Handlungsgesellschaften haben sich nunmehr bis auf wenige Exemplare ebenfalls vollständig erklärt, daß sie Streikarbeit nicht mehr verrichten; nur bei Kogeler u. Co., Ritterstraße 71-73, und bei Ravené u. Söhne, Wallstraße 5-8, können es einige der Handlungsgesellschaften nicht unterlassen, Streikbruch zu treiben.

Die Reichskonferenz der Elektro-Industrie. Zu dem in Nr. 521 der „Freiheit“ veröffentlichten Bericht über die Tagung in Halle schreibt uns die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände: „Die in dem „Freiheit“ Bericht enthaltene Bemerkung, wonach der Zentralverband der Angestellten, der Deutsche Werkmeister-Verband und der Bund der technischen Angestellten und Beamten auf der Reichskonferenz der Elektro-Industrie vertreten waren, kann zu irrtümlichen Auffassungen führen. Wir stellen deshalb fest, daß die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, der drei genannten Organisationen angegeschlossen sind, ihren Vertreter zunächst nur zur informativen Teilnahme nach Halle entsandt hatte. Die grundsätzliche Stellungnahme zu der

21) Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Germania zur W. A. H. N.

„Das genügt, Fräulein!“ sagte der Polizist höflich, denn Genosin Mabel trug einen großen Rembrandthut und war jung und schön.

„Ich habe ein Recht, hier zu sprechen, und ich werde es auch tun!“ erklärte sie.

„Ich möchte Sie nicht gern verhaften, Fräulein...“

„Entweder Sie verhaften mich, oder Sie lassen mich reden.“

„Es tut mir leid, Fräulein. Ich muß dem Befehl nachkommen. Sie sind verhaftet.“

Nun kam Genosin Stankowicz an die Reihe. „Proletarier, wir kämpfen hier für die Rechte des Proletariats!“ Auch er wurde abgeführt. Aber noch war der wilde Bill, dieser wackelste aller Proletarier, zur Stelle. Er hatte sich bisher etwas entfernt aufgehalten, da ihm die Ortsgruppe, um seiner maßlosen Ausfälle willen, das Reden verboten hatte. Jetzt aber geriselen alle Verbote. Der wilde Bill stürzte auf die schwankende Tribüne. „Sind wir Sklaven?“ brüllte er. „Sind wir Hunde?“ Dies schien jedenfalls die Ansicht der Polizei zu sein, denn sie riß ihn von der Tribüne, und einer der Polizisten drehte ihm das Handgelenk um, so daß die Rede mit einem Aufschrei endete.

Als nächster wurde Johnny Edge verhaftet, ein schüchternen Puride, der trotz der Gewalttätigkeiten der Polizei seinen Stolz Jungblätler nicht hergeben wollte, und dann — war noch einer da.

Armer Jimmie! Es verlangte ihn nicht im geringsten danach, verhaftet zu werden, und der Gedanke, selbst die kürzeste Rede zu halten, erfüllte ihn mit Angst und Schrecken; doch stand seine Ehre auf dem Spiel, er konnte nicht anders handeln. Er übergab die Laterne einem der Umstehenden und bestieg die Tribüne. „Ist dies ein freies Land?“ rief er. „Ist dies Redefreiheit?“ Jimmies erste Rede ward durch ein Gerren an seinem Rock beendet, das fast die wacklige Plattform zu Fall brachte;

Vier Polizisten und sechs Gefangene waren von einer tobenden, vielleicht sogar zu Tausenderten geeigneten Menge umgeben. Doch hielten die Hüter der Ordnung ihre Vorbereitungen getroffen. Ein Pfiff gellte auf, Suppengesell gab ihm Antwort, und um die Ecke fauste der große Polizeizug, „die schwarze Maria“. Die Menge wich zurück, die Gefangenen wurden verladen. Der wilde Bill erhob noch einmal seine Stimme: „Ich protestiere gegen dieses Unrecht! Ich bin ein freier, amerikanischer...“ Jimmie ward säh, in's Geheiß geblendet, ein Polizist sprang über ihn hinweg und ließ mit aller Gewalt seine Faust auf des Redners Mund niederfallen. Bill brach zusammen wie ein Och unter dem Schlachtbeil, das Automobil setzte sich in Bewegung, die Guppe überlötete den Protest der Menge.

Armer Bill, er lag quer über den Sitz hingefallen, und Jimmie nahm ihn in die Arme. Bill bebte am ganzen Leibe, sein Körper wackelte wie in Krämpfen. Ueber Jimmies Hände sickerte eine warme, klebrige Flüssigkeit, die sich an seinen Fingern verhärtete. Bill gab keinen Laut von sich und Jimmie meinte, der Genosie sterbe; halb betäubt vor Schreck, wagte der kleine Maschinenist keine Bewegung, wagte kein Wort, aus Angst, der Polizist könnte auch ihn schlagen. So sah er regungslos da, hielt mit beiden Armen den bebenden Körper und flüsterte: „Armer Bill! Armer Bill!“

V.

Sie erreichten die Polizeistation, Bill wurde herausgehoben und auf eine Bank gelegt, während die anderen vor ein Buß geschoben wurden, und ihr Nacionale abgeben mußten. Gerrity verlangte empört, telefonieren zu dürfen, was man ihm auch gestattete. Er stürte Roxwood bei einer Abendgesellschaft und forderte, dieser solle die Auktion aufbringen. Dann wurden die Gefangenen in ihre Zellen abgeführt.

Nach wenigen Minuten drang in die Stahllänge eine Frauenstimme. Genosin Mabel Smiths weiche, helle Stimme, der sie so oft an „geselligen Abenden“ gelauscht, schwebte auf. Sie sang:

„Wacht auf, Verdamnte dieser Erde,
Die heißt man noch zum Hungern zwingt.“

Der Gesang erschütterte sie zutiefst, alle stimmten in den Refrain ein. Der Kerkerwächter erwiderte: „Schweigt!“

Dann grüßte: „Galtet das Maul!“ Und noch ein drittes Mal: „Werdet Ihr das Maul halten!“ Als sein Befehl unbeachtet blieb, holte er ein Schöpf Wasser, und plötzlich stürzte der kalte Strohl durch das Gellengitter. Jimmie ward gerade auf den Mund getroffen, und von da ab interesselerte ihn das Folgende herzlich wenig.

Gegen Mitternacht erschienen Roxwood und Dr. Service. Beide waren gegen die Strafverordnungen gemein; sobald es sich jedoch um Redefreiheit handelte, konnten auch sie nicht abseits bleiben. Dieser Art Schwierigkeiten stehen die ehrbaren, ruhigen Salenpolitisten gegenüber, wenn es sich um die bösen Kinder der Bewegung, die Aktiven, Unmögliches Erstrebenden handelt. Dr. Service holte ein Bündel Banknoten hervor und erlegte für alle Gefangenen die erforderliche Kaution. Dann ließ er seine gewichtige Empörung am Polizeiergeanten aus, während er auf die Ambulanz wartete, die den wilden Bill ins Spital bringen sollte. Jimmie Higgins, der bislang stets auf Seiten der „Wilden“ mitgeschrien hatte, erkannte plötzlich wie vorteilhaft es ist, einen Freund zu haben, der einen schwarzen Gehrock trägt, dessen Verholten Würde ausströmt und der, dem Gerücht nach, hunderttausend Dollar sein eigen nennt.

Jimmie kehrte heim und fand Bizzie händerringend im Zimmer auf und ab gehen; er hatte ihr keinerlei Nachricht von dem Vorgefallenen zukommen lassen können. Sie fiel ihm in die Arme, wach dann entsetzt zurück, da sie bemerkte, daß er ganz nah sei. Er erzählte ihr alles, und Bizzie, die nur eine Frau und erst eine U. S. C. Schülerin des Sozialismus war, wollte nicht einsehen, wie aufregend und ehrenvoll es sei, verhaftet zu werden. Im Gegenteile, sie hielt es für eine Schande, und bedrohte ihn, das fürchterliche Geheimnis vor den Nachbarn zu verbergen. Als sie erfuhr, die Sache sei noch nicht zu Ende, und Jimmie müsse morgen noch zu Gericht, weinte sie bitterlich und weckte dadurch Jimmie junior auf, der zu brüllen begann. Sie beruhigte sich erst, als Jimmie senior sich seiner nassen Kleider entledigte und ihr gestattete, ihm heißen Tee zu bringen. Ihn warm zuzudecken, damit er nicht an einer Lungenerkrankung sterbe, noch bevor er vor Gericht erschienen war.

(Fortsetzung folgt.)

Soll geschaffenen Organisationen behalten sich die freien Angelegenheiten selbstverständlich vor.

Die oppositionellen Sozialdemokraten treffen sich Donnerstag Nachmittag 5 Uhr im "Dresdener Garten", Dresdener Straße 45, Kleingärtling "Blau" Anlage Nr. 3.

Groß-Berlin.

Ein Schulfandal.

Ein heftiger Konflikt, dessen Beilegung sich dem Kultusminister verweigert, hat sich zwischen den Eltern der Schüler an der 113. Gemeindeschule in Moabit und dem dortigen Lehrerkollegium entwickelt. Am Montag abend fand im Rathaus eine Versammlung der Eltern der Gemeindeschüler statt, in welcher Ratsmitglied Berger über die Vorgänge Bericht erstattete. Der Redner führte aus:

Am 27. August dieses Jahres hatte der Lehrer Schöne, damals noch an der 113. Gemeindeschule tätig, den Eltern der Schüler einen Vortrag über "Sozialistische Kindererziehung" gehalten. Zwei Tage darauf besaß sich das Lehrerkollegium der 113. Gemeindeschule mit der Angelegenheit und verlangte die Veretzung des Lehrers. Es fanden Verhandlungen zwischen dem Rektor Kowka, dem Lehrerkollegium und dem zuständigen Schulpflichter statt. Um eine Erregung unter der Lehrerschaft zu vermeiden, genehmigte der Schulpflichter die Veretzung des Lehrers Schöne an eine andere Schule. Hiergegen erhoben die Eltern Protest und versammelten sich wiederholt, um vom Rektor und Lehrerkollegium eine Aufklärung über den Vorfall zu erhalten, der nach ihrer Ansicht lediglich eine Maßregelung des Lehrers seiner sozialistischen Gesinnung wegen sei.

In der Versammlung kamen auch andere Vorgänge in der 113. Gemeindeschule zur Sprache. So wurde von mehreren Eltern bitter darüber klage geführt, daß ihre Kinder, die sie vom Religionsunterricht befreit wissen wollten, schikaniert würden. So sei den Kindern von mehreren Lehrern erklärt worden, es sei eine Schande, ohne Religionsunterricht zu bleiben und sie könnten infolge einer solchen "Erfolglosigkeit" auch nicht konfirmiert werden. Die Eltern behaupten, daß den Kindern infolge der Befreiung vom Religionsunterricht von einigen Lehrern Schwierigkeiten bereitet würden. Allgemeine Empörung löste jedoch die Tatsache aus, daß der Lehrer Kowka, der achtjährige Kinder zu unterrichten habe, die Schüler mit einem Gummischlauch auf das empfindlichste züchtige. Damit überschreite der Lehrer das ihm zustehende Züchtigungsrecht ganz gewaltig. Der Angegriffene, der in der Versammlung anwesend war, erklärte, daß er ohne ein Züchtigungsmittel nicht auskommen könne. (?) Er müsse es sich ferner verbitten, daß die Eltern der Schüler sich in das von ihm ausgeübte Erziehungssystem einmischen. (Große Unruhe.) Der Rektor der Schule, Kowka, der zu dem Fall Schöne das Wort erhielt, versuchte die Maßregelung des Lehrers dadurch zu rechtfertigen, daß er erklärte, es sei ihm zu Ohren gekommen, daß Schöne kein einwandfreier Mensch sei. Die Versammlung antwortete hierauf mit lebhaften Entrüstungsrufen und verlangte von dem Rektor, daß er über diese angeblichen Verfehlungen Schönes sofort Einzelheiten bekanntgeben solle. Kowka war hierzu jedoch nicht in der Lage. Die Versammlung nahm schließlich folgende Entschlüsse an:

Die Elternversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem im Widerspruch mit einer ernsthaften Erziehung stehenden Vorgehen in der 113. Gemeindeschule. Sie kann nicht anders, als dokumentieren, daß ein Geist freier Erziehungsmethoden bisher nicht Platz gegriffen hat. Die Versammlung ist empört über die Maßnahmen im Lehrerkollegium, die zur Entsetzung des Lehrers Schöne von der 113. Gemeindeschule führten, und verlangt die sofortige Rückveretzung. Die Versammlung verlangt vom Kultusminister Gansch, daß er sofort eingreift und freizeichliche Weisung in die Schulen einleitet.

Nach wie erwarten dem Kultusminister, daß er hier sofort eingreift, und zwar mit Energie, die er leider bisher immer vermissen ließ; die Folgen dieser Energielosigkeit zeigen sich dabei von Tag zu Tag in immer trauriger Weise. Heute, wo ein sozialistischer Minister an der Spitze steht, darf ein sozialistischer Lehrer seine Ansichten nicht frei äußern! Ist das nicht der reine Hohn? Dafür treiben sich noch Lehrer an unseren Schulen herum, die behaupten, nicht ohne Gummiknüppel ihren achtjährigen Schülern gegenüber auskommen zu können! Wenn hier nicht sofort seiner Furcht mit solchen Bestrafungen gemacht wird, dann kann sich der Herr Kultusminister in nächster Zeit auf einen Sturm der Entrüstung unter den Eltern gefaßt machen.

Protestkundgebungen der Magistratshilfskräfte gegen die Streikmaßregelungen.

Die Hilfskräfte des Magistrats Berlin hielten gestern Nachmittag drei Versammlungen ab, die vom Zentralverband der Angestellten einberufen worden waren, in denen über das Thema "die Hilfskräfte, der Magistrat und die Stadtverordneten" referiert wurde. Lebhaft kritisierte u. a. auch der Antrag der S. B. D. Fraktion an die Stadtverordnetenversammlung, die Frage der Wiedereinstellung der durch den Streik gemäßigten Hilfskräfte an den offenen Ausschuss zu verweisen. Dies sei eine Verschleppung und verläufe deswegen, weil dadurch die erfolgten Maßregelungen gewissermaßen sanktioniert würden. — Nach einer Aussprache wurde nachstehende Entschlüsse einstimmig angenommen:

Die am 28. Oktober 1919 versammelten Hilfskräfte des Magistrats Berlin, sind tief entsetzt über das Verhalten der Magistratsverwalter, sowie über das Verhalten der Stadtverordneten der bürgerlichen Fraktionen einschl. der Rechtssozialisten in der Angelegenheit der gemäßigten Kolleginnen und Kollegen beim Magistrat der Stadt Berlin.

Sie beurteilen ferner die Haltung der bürgerlichen Fraktionen einschl. der Rechtssozialisten auf das schärfste bei der Behandlung der Angelegenheit der Hilfskräfte in den Streiktagen.

die deutlich kennzeichnet, daß man die Hilfskräfte als nicht vollwertige Arbeitskraft ansieht.

Es sprechen im Gegenfatz zu obigen dem Vertreter der "Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", den Genossen Weise und Dr. Wehl, ihre Anerkennung und Dank für ihr beifälliges Eingehen für die Magistrats-Hilfskräfte aus.

Die Hilfskräfte erwidern das Wohlwollenmitemiternum dringlich, dahin zu wirken, daß die noch auf der Straße liegenden Kolleginnen und Kollegen, die durch den Streik bis heute noch nicht wieder eingestellt wurden, sofort wieder an ihre Arbeitstätte zurückkehren und ihren Kosten mit den gebührenden Steuern und Pflichten wieder übernehmen können, insbesondere dafür zu sorgen, daß ihnen die Dispositionstage bezahlt werden.

Die an ihre Stelle in den Streiktagen eingestellten und als "mitwirkend" zu bezeichnenden Personen sind sofort wieder zu entlassen.

Ausgebung der jüdischen Jugendvereine.

Am Montag abend veranstaltete der Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands im Brüderemannshaus eine parteifreie Ausgebung über die Stellung der jüdischen Jugend zum Antisemitismus. Wir, die in Ermögung der elchastischen antijüdischen Hege auf ein niederes Niveau vorbereitet waren, wurden überrascht, in wie ruhiger und sachlicher Weise sich die bürgerliche jüdische Jugend mit ihren Gegnern auseinandersetzte. Statt wie in allen früheren zum Ausdruck, daß die antisemitische Mode nichts anderes als der Versuch reaktionärer Elemente ist, die Volkseindigkeit von den Arbeitern des Weltkriegs abzulösen und die Gegenrevolution zu maskieren. Dr. Alexander führte aus, wie die Judenpogrome Deutschlands moralischen Kredit im Ausland mehr und mehr erschüttern, da die Regierung und die jetzt maßgebenden Parteien nichts zum Abbau der Hege unternahmen. So könne es nicht wundernehmen, wenn die jüdische Jugend bei ihrem Abwehrkampf in Zukunft jede Rücksicht fallen lasse. Dr. Kaufmann wies darauf hin, daß dieser Kampf sich nicht nur gegen die augenblickliche Hege zu richten habe, sondern daß die volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten erzwungen werden müsse. Soweit die deutsche Jugend aus falschen sittlichen Motiven gegen das Judentum kämpfe, sei Aufklärung möglich, den unmaßvollen Führern gelte ein rücksichtsloser Kampf.

In diesem Kampfe wird das Judentum die anständig Gemintten aller Parteien auf seiner Seite haben.

Was Staatsanwälte beantragen.

Vorgänge des 8. Januar waren gestern wieder Gegenstand einer Verhandlung vor der 8. Strafkammer des Landgerichts 1. Angeklagt waren der frühere Vorsitzende des Arbeiterrats im Bekleidungsamt des Gardekorps, Schneider Heide, der Obmann des Betriebsrates Schneider Wacker, und die Schneider Grasso, Tschauer, Schröder, Fischer und der Fahrstuhlführer Dorn. Alle waren beschuldigt, unbefugt einen bewaffneten Haufen gebildet bzw. sich einem solchen angeschlossen zu haben. Ursprünglich war die Anklage auf viel schwerere Delikte erhoben worden. Die Angeklagten waren in Haft genommen worden und sollten einem Schwurgericht überwiesen werden, doch stellte sich die Unhaltbarkeit dieser weitergehenden Beschuldigungen bereits in der Voruntersuchung heraus.

Am Tage der Demonstration in der Siegesallee haben die ersten vier Angeklagten sich mit ihrem Betriebe im unbewaffneten Zuge nach der Siegesallee begeben. Da die Ordnung mitteilen, daß der Demonstrationzug gefährlicher Weise von bewaffneten Bürgern, Studenten oder gegenrevolutionären Soldaten angegriffen werden sollte, forderten verschiedene Genossen von Heide, er solle aus der Kammer des Amtes Waffen holen lassen. Dem Drängen der Genossen folgend, ließ Heide durch Wacker, Tschauer, Grasso, Fischer und noch vier anderen sich Waffen holen. Als sie zurückkamen, trafen sie den Zug am Potsdamer Platz, sie verloren einander und schlossen sich verschiedenen Teilen des Zuges an.

Die Beweisaufnahme betraf alle Angaben der Angeklagten, die sich nicht für schuldig erklärten. Zwei Angeklagte, Dorn und Schröder, haben an der Demonstration überhaupt nicht teilgenommen. Da sie offensichtlich nur durch Irrtum angeklagt sind, mußte der Staatsanwalt ihre Freisprechung beantragen, dagegen schaute dieser staatsbehaltende Beamte sich nicht zu fordern, daß die übrigen Angeklagten, alles unbewaffnete Leute, mit fünf, einige sogar mit sieben Monaten Gefängnis bestraft würden. Rechtsanwalt Weinberg beauftragte, in der beschämender Weise die Voruntersuchung nach politischen Gesichtspunkten geführt worden sei. In den Akten sei nicht nur die politische Partizipation der Angeklagten vermerkt, sondern es sei bei einigen angegeben, daß sie dem linken Flügel der Unabhängigen, der zu den Sozialisten neige, zuzurechnen seien, und obwohl diese Angeklagten dem Todestod nach eher noch weniger belastet als die übrigen erscheinen, habe der Staatsanwalt zwei Monate mehr beantragt. — Rechtsanwalt Viehöver gab seiner Entrüstung über die exorbitanten Ansprüche des Staatsanwalts Ausdruck. Beide Verteidiger erklärten auf tatsächlichen und rechtlichen, aus objektiven und subjektiven Gründen eine Freisprechung für geboten. — Das Gericht ging davon aus, daß die Angeklagten einen bewaffneten Haufen nicht gebildet, noch sich einem solchen angeschlossen hätten, es hielt noch der tatsächlichen Seite die Merkmale des Gehezes für nicht erfüllt und hat in diesem Falle die Frage, ob die Angeklagten zur Bewaffnung befugt waren, überhaupt nicht zu prüfen gehabt. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen.

Es ist bezeichnend für die Höhe der Kriminalpolitik der gegenwärtigen Regierung, daß die jüngeren Herren der Anklagebehörde glauben, mit denartigen Vorfällen im Sinne ihrer Vorgesetzten zu handeln.

Die Volksvorstellungen in den Staatstheatern.

Beim Verlauf der Karten in den von und gestern bekanntgegebenen Verkaufsstellen zeigte sich sofort nach der Eröffnung des Verkaufs großer Andrang, so daß die geringe Zahl der Karten nicht ausreichte, um die Nachfrage zu befriedigen. Die Karten sind also sämtlich ausverkauft. Es bemüht sich daher mancher Kaufstücker eine merkwürdige Erregung, die sich ge-

legentlich sogar in recht unbefriedigenden Verhältnissen gegenüber den Verkäufern Luft machte. Wir möchten daher darauf hinweisen, daß die Karten für die zwei angeführten Vorstellungen auf alle Arbeiterorganisationen Berlins verteilt worden sind, so daß auf jede einzelne Organisation nur eine geringe Zahl von Karten entfiel. Das sollte sich jeder ausrechnen können, so daß zu zornigen Ausdrücken keinerlei Anlaß gegeben war. Aber die Vorstellungen werden wiederholt und der Bildungsausschuss wird sich auch dafür einsetzen, daß eine größere Zahl von Vorstellungen der Staatstheater auf diese Art für die Arbeiterklasse freigegeben wird. Er gibt sich aber auch der Hoffnung hin, daß die Parteigenossen seine Bestrebungen auch dann durch lebhaftes Interesse unterstützen, wenn einmal weniger beliebte Vorstellungen als gerade "Palestrina" zur Aufführung gelangen. Daß die Vorstellungen sämtlich gut sind, ist natürlich selbstverständlich.

Mord an einem Sicherheits Soldaten. Gestern früh wurde der 26 Jahre alte Unterfeldwebel Otto Hermann, der der 3. Abteilung, 2. Gruppe der 5. Hundertschaft angehört und bei seiner Mutter in der Liebigstraße wohnt, vor dem Hause Frankfurter Allee 83 mit einer Schußwunde im Kopf tot aufgefunden. Neben die Tot und den oder die Täter ist noch keine Auffklärung gelungen.

Grasfeuer kam am Dienstag nachmittags um 2 Uhr angeblich durch einen Ofen auf dem Grundstück der Firma G. K. Wienstrud, Leipziger Straße 82, zum Ausbruch und nahm schnell eine große Ausdehnung an. Der Brandherd lag im 4. Geschoss, wo die Räume der Firma Kowal u. Stern, die Blumen und Federn anfertigen, vollständig brannten. Der Dachstuhl und die Räume der Federnfabrik waren nicht mehr zu halten.

Lebensmittellisten.

Spandan. Von Mittwoch an 1/2 Pfd. amerikanisches Weizenmehl. Schiffer erhalten 1 Pfd. Kaffee-Ersatz für die Zeit von 1. bis 14. November. Am Sonnabend 100 Gr. Margarine; am Freitag 50 Gr. Butter. Milchkartern für Kranke dürfen erst nach dem 30. Oktober in die Kundenliste eingetragen werden. Für Nichtmilchbesitzer eine Büchse kondensierte Vollmilch in den Vollkosten Verkaufsstellen. Lebkuchen auf das Mittelstück der K-Milchkarte zum Preise von 35 Pf. Reich. Die Fortsetzung der Fortsetzung der Briet Einwohner mit Winterkartoffeln (3 Jtr. je Kopf) vom Lager der Gemeinde für Gendebstraße, Grenzallee, Haanmer Straße, Johannisthaler Straße und Idealfeldung erfolgt ab 29. Oktober. Die Anweisungen bzw. Rechnungen werden in der hiesigen Lebensmittelstelle (Verkaufszimmer), Kochstr. 4, am 29. Oktober ausgehändigt. Die Ausgabe der Kartoffeln erfolgt am selben und nächsten Tage. Für die Einwohner der Johannisthaler, Karlstraße, Ritzstraße, Fochstraße und Parienthaler Straße werden die Anweisungen bzw. Rechnungen am 30. Oktober ausgehändigt und findet die Ausgabe der Kartoffeln am 31. Oktober und 1. November statt. Kartoffelkarten und Lebensmittelkarten sind mitzubringen. Die noch fehlenden Straßen und etwaigen Nachzügler werden später noch aufgerufen.

Aus den Organisationen.

- 4. Bezirk, 1. Abt.** Mittwoch 5 Uhr Handzettelschneidung bei Glathe, Briet Straße 36.
- Charlottenburg.** Der Rufus über Betriebskunde in der Schulaula Gerickestraße fällt am Donnerstag aus.
- Neukölln, 13. Bezirk.** Donnerstag abend 7 Uhr bei Hirsch, Hermannstr. 120, öffentliche Versammlung mit kleinen Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden. Thema: "Die Sozialisierung und die Kleinbetriebe." Referent: Genosse Koblitz.
- Neukölln, 16. Bezirk.** Donnerstag, den 30. Oktober, Frauenabend. Referentin: Genossin Sinner.
- Bildungsausschuss Neukölln.** Die Bezirkshoheit werden erucht, die Karten zum Reuterabend und Herbstkonzert umgehend abzurufen.
- Marlendorf.** Donnerstag abend 7 Uhr Frauenabend bei Scheller, Chausseest. 27.
- Lichterfelde.** Donnerstag abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Lenzki, Hindenburgdamm 68.
- Friedrichsfelde.** Freitag, Mittwoch, abend 7 1/2 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung bei Gutzeit, Lindenpark. Vortrag des Genossen Bändke über "Parlamentarismus und Internationalismus".

Bereinstunden.

- Post und Telegraphie.** Gruppe I (Zentrum). Sohabend jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr, bei Pomelet, Joststr. 7. — Gruppe II (R. und N.B.). Sohabend jeden 1. Montag im Monat, abends 8 Uhr, im Pfefferberg-Ausgang, Neue Promenade 2, Sacherer Markt.
- Zentralverband der Angestellten, Octogruppe Groß-Berlin.** Sohabend 13 (Chemische Industrie und chemischer Großhandel), Donnerstag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in den Postherbergen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, Mitgliederversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.
- Transportarbeiter-Verband, Verband Stoffbranche.** Mittwoch abend 7 Uhr im Königsplatz-Kasino, Holzmärktstr. 72, Branchenversammlung. Stellungnahme zur Tarifbindung.
- Mitgliederversammlung** Mittwoch abend 7 1/2 Uhr in der Kula Dresdener Straße 113. Vortrag von Bruno Koch.
- Volkskunst.** Sonntag, den 2. November, nachmittags 4 Uhr, in der Philharmonie Aufführung zum Jahrestage der russischen Revolution. Carl de Vogt: Revolutionäre Dichtungen; Trio: Vereinerung Dessen-Schwartz-Stegmann; Tscholomsky "Dem Indischen eines großen Mannes". Karten A 1,25 R. in der "Freiheit"-Buchhandlung, im Verbandsbureau, Schicklerstr. 5 und im Jgkz-Verlagshaus, Bismarckstraße 10.
- Preis sozialistische Jugend, Schönhäuser Tor.** Donnerstag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Ratske, Schönhäuser Allee 177a, Gruppenversammlung mit wichtiger Tagesordnung.

Aus den Kinos.

Die einschl. Donnerstag gelangen zur Aufführung: **Jeders Lichtspiele und Café, Bronnestr. 53.** Eing. Zeichenheft Nr. 111: "Das Gift im Weibe". "Der Liebeschleier". — **Welt-Theater, Schönhäuser Allee 144:** "Verfälscht". — **Reißberg-Theater, Blumenstr. 10:** Letzte Reumann in "Herzogenhof". — **Waldemar Willinger in "Die Liebes-trogglobe eines Schauspielers".** — **Fortuna-Theater, Müllerstr. 13c:** "Das russische Weib" mit Pola Negri. — "O könnt' ich jemals nur vergessen". — **Theater am Rixdahlplatz:** "Menschen in Ketten".

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft "Freiheit", e. G. m. b. H. Berlin. — Truch der Lindenbrücker- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Möbel

auf Kredit

Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer

modernes Küchen sowie Einzel-Möbel zu kompletten Bedinngungen liefert

Grebler,

O. m. b. H.

Weinbergsweg 4

Spiralbohrer!

Neu, kauft Moebel, Charlottenberg, Hasenstraße 7, 1. u. 2. et.

Landparzellen

Kolonie Röntgenhöhe-Zepeserick, 1/2 Stk. vom Städt. Vorkaufsbüro, günstig gelegen, mit bestem Boden für Obst- u. Gemüsebau. Parzellen von 1000 Mk. an, auch bei kleinerer Anzahlung zu günstigen Zahlungsbedingungen. Säkudiges Wohnen im Sommerhäuschen erlaubt. Kolonialen Fahrpreisermäßigung.

W. Koschitzky

C 54, Rosenhaleer Str. 29, Norden 3007, 9-1/2.

Entlassungs-Anzug, Entlassungs-Paletot, blau, russische Damenlackschuhe 39, verkauft Luck, Neukölln, Weisestr. 27.

Naturheilweise

Eckert, Berlin, Tauentzienstr. 9 bei allen Läden n. Krankh. 10-1, 3-7, Sonntags 10-2.

Felle reinwollene Anzüge, Paletots,

Ulster und Hosen nach Maß, ganz besonders billig !!

Katz, Schneidermeister,

Französische Str. 46.

Stoffe

Mit Häufige gestricke Polen und Stoffe außerordentlich preiswert.

Johannes Becker,

Späth 22 (Spittem.).

Schreibmaschinen

sichtbare Schritt, gut erhalten.

kauft sofort ganz Neue, Preis, System und Nummer.

Hugo Schroeder,

Charlottenburg, Eiländerstr. 81, Wilm. 470.

Felle und Robhaare

kauft zu den höchsten Preisen

Scholl, Eiländer Straße 64.

Platina

Gold, Silber

höchste Tagespreise.

Alte Gebisse bis 1000 Mk., Platinzähne bis 450 Mk. kauft

Hausdorf,

Pallasdenstraße 11, v. II z.

Elektromotore

Gleichstrom :: Drehstrom kauft

Ingenieurbüro Schlichting

Berlin W 9, Linkstr. 10, Tel.: Lützow 3708 und 3318.

Elektrische Leitungsdrähte

Kabel, Litzen

Küppers Dynamodrähte kauft höchst zahlend

Silbermann

Neue Königstraße 22, Fernspr. Alex. 3118.

Kauf höchstzahlend

Kabel, Litzen, Motore, Leitungsdrähte, Schreibmaschinen, sowie sämtl. Installationsmaterial.

Elektr. Werkst. Neukölln

Kochbuser Damm 96, Linkstr. Schickstr. Tel.: Moritzpl. 51, 57.

PLATIN

Gold und Silber in jeder Form

höchste Preise

Gebisse

Stützähne 3,30 b. 40 M.

kauft **Linke**

Bismarckstr. 40, M. 11, 1-11.

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Spulen, Dynamodrähte u. Motoren kauft

Borgwardt,

Prinzstraße 64, Moritzplatz 3363.

Elektromotore

nach elektr., kauft Motoren-geschäft, Schönhäuser Allee 57

Spiralbohrer, Schaftdrehstuhl, Reibhaken

für dringenden Bedarf zu außer-gewöhnlich hohen Preisen

kauft **Friedrich Morgenstern,**

Berlin-Lichtenberg, Weichselstraße 15.

Spezial-Arzt

Dr. med. Lommer

Geschlechts-, Haut-, Frauen-.

Behandl. schnell u. sicher ohne I. erustablung. Teilzahlung.

Brannenstr. 185

(Nah Rosenhaleer Pl.), Sprecht. 9-1 u. 4-8 U. Sonnt. 9-12 U.

Photoapparat

Ankauf Tausch

Photo-Steckelmann,

W. 9, Potsdamer Str. 135

7. Sept. 19.

Meine Tochter hatte 3 1/2 Jhr. off. Fälle, nichts hatte bisher geliebt. Da las ich Ihre Anz. in Crinolinalbe u. ich mir aus d. Apoth. 1 Dos. schicken. Bald nach d. erst. Anwend. konnte sie schon mit dem ganz. Fuß austreten, während sie sonst 3 Jhre nur auf d. Zehen gehen konnte. Ich spreche Ihnen meinen Dank aus.

J. P.

Crinolinalbe

mit sechs off. Fälle, Marilla, Flakitz, 100 Jggr. Kaufschillinge 2000, Preis 2,50

1 Jggr. 10 4 Drabender, 100 Jggr. 2000

Degen, Germ.-Apoth. Luthemer Str. 50; Gust.-Apoth. Kolonnenstr. 11; Ana-Schl. Tor. Ska. Lutzer Str. 72; Diana-Apoth. Turmstr. 28.

Felle aller Gerbi, Pelze reinkt

Gerborei Neukölln

Hermannstr. 8.

Einrichtung! Stube, Küche, wozu gebraucht, zusammen 1400.—, Eberfelder Str. 5, Laden.

Raucher dank!

ges. gesch., ermöglicht in einzig. Tagen d. Raucher ganz off. teilw. zu unter-suchen. Am liebsten, Wirk. vorh. Vollst. un-schädl. Tst. Amer. Ausk. am. Institut Engbrecht

München R. 11, Kapuzinerstr. 2.

Zahle Provision

für den Nachweis elektr. Installationsarbeiten

NW. 52, Paulstraße 10, Telephone: Moabit 9190.

inserate

für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 4 Uhr, Sonnabend bis 2 Uhr nachm. bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 abgegeben sein